

Protokoll

4. Sitzung der Legislatur 2015-2019

Dienstag, 27. Oktober 2015, 19.00 Uhr, im Seeparksaal

Vorsitz:	Parlamentspräsident Heinz Gygax, SVP		
Anwesend Stadtparlament:	27 Mitglieder		
Entschuldigt:	Di Santo Angela, CVP/EVP		Krank
	Oezcelebi Atakan, SP-Gewerkschaften-Juso		Familie
	Strauss Monika, SVP		Ferien
Anwesend Stadtrat:	Balg Andreas, FDP, Brühwiler Konrad, SVP, Gubser Peter, SP-Gewerkschaften-Juso Hug Patrick, CVP, Züllig Hans-Ulrich, FDP		
Protokoll:	Evelyne Jung, Parlamentssekretärin		

Traktanden

- 4 / 1. Mitteilungen
- 4 / 2. Dringliche Interpellation betreffend „Verpachtung der städtischen Gastronomiebetriebe“
Beantwortung
- 4 / 3. Interpellation betreffend „Dem Arboner Kulturleben Sorge tragen“
Beantwortung
- 4 / 4. Interpellation betreffend „Einführung von easyvote für Neuwählerinnen und Neuwähler“
Beantwortung
- 4 / 5. Motion „Streichung der Grundgebühr in Langzeitparkierzonen“
Beantwortung, Diskussion, Beschlussfassung
- 4 / 5.1 Ersatzwahl von zwei Mitgliedern für das Wahlbüro der Legislaturperiode 2015-2019*
- 4 / 6. Fragerunde
- 4 / 7. Informationen aus dem Stadtrat

Präsident Heinz Gygax: Geschätzte Parlamentarierinnen und Parlamentarier, Stadträte, Vertreter der Medien und Besucher, sehr geehrte Damen und Herren. Herzlich willkommen zur 4. Parlamentssitzung der Legislatur 2015-2019.

Die Wahlen sind vorbei, die Plakate weggeräumt, der eine mehr, der andere weniger mit dem Ergebnis zufrieden. Das Jahr 2015 eilt dem Ende entgegen und trotzdem gibt es noch einiges zu erledigen, Vorgenommenes umzusetzen und sozusagen einen Endspurt hinzulegen. Heute sind keine Sachgeschäfte zu besprechen aber wir hier im Parlament haben Aufgaben und Anfragen an den Stadtrat gestellt. Diese wollen wir heute an dieser Sitzung besprechen. In diesem Sinne eröffne ich die Sitzung und bitte die Ratssekretärin den Namensaufruf vorzunehmen.

Im Speziellen begrüßen wir Alain Zürcher mit seiner Schulklass.

Es erfolgt der Appell durch die Parlamentssekretärin Evelyne Jung.

Es sind 27 Mitglieder anwesend. Entschuldigt haben sich Di Santo Angela, CVP/EVP, Oezcelebi Atakan, SP-Gewerkschaften-Juso und Monika Strauss, SVP. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben. Das absolute Mehr beträgt 14 Stimmen.

Präsident Heinz Gygax: Sie haben die Traktandenliste rechtzeitig erhalten. Ich stelle Antrag auf Traktandenergänzung. Da wir zwei Rücktritte aus dem Wahlbüro erhalten haben, gilt es neue Wahlbüromitglieder zu wählen. Ich beantrage deshalb einen Traktandeneinschub 5.1: Wahl von zwei Stimmenzählenden.

://: Die Traktandenergänzung 5.1 wird einstimmig genehmigt.

Ich stelle die modifizierte Traktandenliste zur Diskussion.

Die Traktandenliste wird stillschweigend zur Kenntnis genommen.

Infolge Abwesenheit von Monika Straus stellt sich als Stimmenzähler Ruedi Daepf zur Verfügung.

://: Ruedi Daepf, SVP wird einstimmig bei eigener Stimmenthaltung für die heutige Sitzung als Stimmenzähler gewählt.

Präsident Heinz Gygax:

1. Mitteilungen

Unterlagen

Sie haben für die heutige Sitzung folgende Unterlagen erhalten:

Per A-Post:

Mit Versand vom 6. Oktober 2015:

- Einladung mit Traktandenliste
- Beantwortung Interpellation „Dem Arboner Kulturleben Sorge tragen“
- Beantwortung Interpellation „Einführung von easyvote für Neuwählerinnen und Neuwähler“
- Beantwortung der Dringlichen Interpellation betreffend „Verpachtung der städtischen Gastronomiebetriebe“
- Beantwortung Motion „Streichung der Grundgebühr in Langzeitparkierzonen“

Weiter haben sie erhalten zur Kenntnisnahme und Information

- Sonderheft Schweizer Monat „Unternehmergeist im Sozialstaat“
- In Ergänzung zum Zwischenbericht der IG betreffend „Moratorium zum Verkauf Max Burkhardtshaus“ den Zeitplan

Mitteilungen aus dem Parlamentsbüro:

Das Protokoll der 3. Parlamentssitzung vom 22. September 2015 ist seit dem 20. Oktober 2015 im Internet aufgeschaltet und damit genehmigt.

Gemäss Art. 12 Einbürgerungsreglement besteht für die Einbürgerungskommission Informationspflicht gegenüber dem Stadtparlament über zu behandelnde Gesuche und gefasste Beschlüsse.

Ich bitte Dominik Diezi, Präsident der Einbürgerungskommission, um Mitteilungen aus der Einbürgerungskommission.

Dominik Diezi, Präsident EBK: Seit der letzten Parlamentssitzung vom 22.09.2015 fand keine Sitzung der Einbürgerungskommission statt. An der nächsten Sitzung werden wir wie folgend die Anträge zu behandeln haben:

- Bekjiri Aurora, 1998, mazedonische Staatsangehörige
- Bekjiri Laura, 1999, mazedonische Staatsangehörige
- Jasarevic Adnan, 1983, bosnisch-herzegowinischer Staatsangehöriger
Jasarevic Malik, 2008, bosnisch-herzegowinischer Staatsangehöriger
Jasarevic Ilma, 2014, bosnisch-herzegowinische Staatsangehörige
- Maden Dilan, 1998, türkische Staatsangehörige
- Siracusa Giuseppe, 1979, italienischer Staatsangehöriger
Siracusa Samantha, 1977, italienische Staatsangehörige
Siracusa Tiziano, 2008, italienischer Staatsangehöriger
Siracusa Elena, 2012, italienische Staatsangehörige

Pendenzen

Im Moment liegen 9 pendente, behandlungsreife Gesuche von 17 Personen vor. Weitere 22 Gesuche von 44 Personen befinden sich im Vorprüfungsverfahren, im eidgenössischen Bewilligungsverfahren oder sind zurückgestellt.

Präsident Heinz Gyax: Besten Dank Dominik Diezi für den Bericht.

2. Dringliche Interpellation betreffend „Verpachtung der städtischen Gastronomiebetriebe“

Beantwortung

Die an der letzten Parlamentssitzung vom 22. September 2015 eingegangene Dringliche Interpellation, eingereicht von Luzi Schmid, CVP/EVP und Jacob Auer, SP-Gewerkschaften-Juso sowie 20 Mitunterzeichnenden, wurde vom Stadtrat beantwortet und liegt ihnen vor. Ich bitte nun die Interpellanten um eine kurze Stellungnahme, ob ihnen die Beantwortung genügt.

Luzi Schmid, CVP/EVP: Der Stadtrat hat sich - ich muss es leider so deutlich sagen - verrannt, man muss gar sagen, vergaloppiert und verirrt. Und jetzt, ein weiteres Mal diese knappen, sehr dürrtigen Antworten auf Fragen aus dem Parlament. Ich kann dazu nur sagen, wieder einmal mehr Ausreden und Ausflüchte als Perspektiven.

Die Enttäuschungen und das Misstrauen auch in der Bevölkerung sind gross. Eine klärende Diskussion nötig. Ich beantrage Diskussion.

://: Dem Antrag auf Diskussion wird grossmehrheitlich zugestimmt.

Präsident Heinz Gygax: Wir kommen zur Diskussion und ich übergebe nochmals das Wort an Luzi Schmid, CVP/EVP.

Luzi Schmid, CVP/EVP: Besten Dank für die Zustimmung zu diesem Thema "stadteigene Gastronomie". Stadteigene Gastrobetriebe, Gastrokonzept, Einzel-Verpachtung, Gesamtverpachtung", beschäftigt uns nun nicht nur schon seit mehr als einem Jahr, sondern ist in der Zwischenzeit, und das wirklich unnötigerweise, zu einer richtigen Konfusion ausgeartet. Wieso ist das passiert, wieso konnte das passieren?

Wie wollen wir von den Pächtern Verantwortung, Leistungen, vor allem Kompetenzen und für Arbon ein günstiges Betriebskonzept abverlangen, wenn wir als Stadt, als Verpächterin ein derart schlechtes Vorbild abgeben, wenn wir uns kopflos, konzeptlos verhalten und uns gar Günstlingspolitik vorhalten lassen müssen. Es ist leider so.

Über ein Jahr lang konnten wir vom Stadtpräsidenten und Stadtrat beschwichtigend vernehmen, und das kann man im Stadtparlaments-Protokoll nachlesen:

Alles im Griff.

Lasst uns nur machen, wir präsentieren demnächst die besten Lösungen, alles im Sinne der Gewaltentrennung zwischen Stadtrat und Parlament, aber immer zum maximalen Wohle der Stadt, kostenbewusst und effektiv, kann man alles nachlesen.

Hohe Kostendeckung gewährleistet.

Die Pächter werden laufend orientiert.

Bis Ende März 2015 werden vertiefende Gespräche geführt. Dann erfolgt auch die nächste Standortbestimmung. Das war übrigens vor einem halben Jahr und heute stehen wir vor dem Nichts. Einnahmen werden fehlen, Pächter sind in der Zwischenzeit enttäuscht davon gelaufen.

Wieso der Stadtrat nicht von Anfang an, wenn ihm schon immer alles so klar war, einen detaillierten Mustervertrag ausgearbeitet hat, um so die eigenen Vorstellungen, zum Beispiel der PSG und anderen Interessierten unmissverständlich vorzugeben, wieso das nie gemacht wurde, wird nicht verstanden. Wenn der Stadtrat wusste, was er wollte und zu welchem Preis und Bedingungen anbieten möchte, hätten diese Vorgaben allen Interessierten immer bekannt sein müssen.

Wenn jetzt nachträglich aus den Medien zum Beispiel zu lesen ist, ich zitiere: "Die PSG hat sich aufgrund fehlender Akzeptanz seitens der Politik sowie der diversen Zeitungsberichte und auch Leserbriefe zurückgezogen". Wenn man das liest, schlägt diese Schuldzuweisung oder Schutzbehauptung dem Fass den Boden heraus. Wer klare, eindeutige Vorstellungen hat, lösungsorientiert handeln will und das auch des Öfteren kommuniziert, kann doch niemals in eine solche Schieflage und einen solchen Erklärungsnotstand geraten, wie wir jetzt drin stecken. Oder sollte von Anfang an eine einzige Person, eine Gastrofirma vor allen anderen Bewerbungen bevorzugt werden? Anders kann ich mir das leider nicht erklären. Zudem sollte sich Peter Schildknecht an negative Medienberichte gewöhnt haben. Immerhin waren gegen seine Personalführung und Preisgestaltung schon vor seiner Bewerbung hier in Arbon heftige Reaktionen und Anfeindungen in den Medien zu lesen gewesen. Ich komme auch da um den Eindruck nicht herum, der Stadtrat wollte diese Fakten nicht wahrhaben und sie auch gar nicht weiter hinterfragen.

Nun noch meine offenen Fragen zu einzelnen Antworten in der Interpellation.

Antwort zu Frage 1

Hier schreibt der Stadtrat unter anderem: "eine Absichtserklärung ist - mit Ausnahme einzelner Punkte, z.B. Stillschweigen und Geheimhaltung - nicht verbindlich" Wieso muss eine Absichtserklärung stillgeschwiegen und geheim gehalten werden? Wenn der neue Pächter und andere Interessierte die Forderungen bezüglich Zins, Öffnungszeiten und Berücksichtigung von Arboner Lieferanten gekannt haben, kann doch nicht genau das am Schluss zu einem Verhandlungsabbruch geführt hat. Diese wesentlichsten Eckpunkte mussten doch allen Beteiligten von Anfang an bewusst gewesen sein und sollte ebenso

unabdingbarer Auftragsbestandteil für den beigezogenen Spezialisten mit Erfolgshonorar gewesen sein.

Antwort zu Frage 2:

Der Stadtrat will einen weiteren Gastronomiespezialisten miteinbeziehen. Wieso über Nacht ein anderer Gastro-Spezialist an Bord geholt werden muss, aber der Name dieses Gastronomiespezialisten verdeckt und geheim gehalten werden muss, öffnet doch schon wieder unnötig neuen Raum für Vermutungen und Spekulationen.

Antwort zur Frage 3:

Hier antwortet der Stadtrat unter anderem, dass die Gastrobetriebe der Stadt Arbon weniger attraktiv seien als angenommen, obwohl vorher der gleiche Stadtrat noch von Perlen und Leuchttürmen am See geradezu geschwärmt hat. Wieso hat man dann voreilig bestehende Pachtverträge gekündigt? Das ist weder geschäftlich noch wirtschaftlich logisch. Und bitte, wie haben wir nun schon wieder "weniger attraktiv" zu verstehen? Ist das bereits eine Entschuldigung oder ein Vorwand, nicht mehr die besten Bewerbungen finden zu müssen oder zu können?

Antwort zur Frage 6, in der der Stadtrat ausführt, dass er sich unterschiedliche Lösungsansätze vorstellen kann, ist doch äusserst enttäuschend. Er hat die Verträge für Strandbad- und Panoramarestaurant gekündigt, ohne die verschiedenen Lösungsansätze vorher entschieden zu haben. Ist das nicht sehr blauäugig und fahrlässig?

Warum wurde dem Parlament das Konzept "Leuchttürme", auf das in der Antwort zu Frage 10 Bezug genommen wird, nie vorgelegt?

Fazit:

Ausser Spesen nichts gewesen. Das Image stark ramponiert. Wirtschaftliche Nachteile sind zu erwarten. Die Zeit drängt. Da sind doch Schnellschüsse schon fast wieder vorprogrammiert! Und die Konsequenzen aus dem Ganzen?

Wir haben uns das in der Fraktion natürlich auch gefragt.

Wir werden einen Vorstoss vorbereiten, damit Beschlüsse über einmalige oder wiederkehrende Einnahmen ab einem bestimmten Betrag neu und analog Beschlüssen über Ausgaben dem Parlament zur Genehmigung nun vorgelegt werden müssen. Besten Dank und ich bin gespannt auf die Diskussion.

Lukas Graf, SP-Gewerkschaften-Juso: Die Fraktion SP-Gewerkschaften-Juso dankt dem Stadtrat für die Beantwortung der Fragen. Selbstverständlich waren auch wir sehr überrascht über die plötzliche Wende in dieser Angelegenheit. Nach der Medienmitteilung vom 29. Juni 2015, in der von einer unterzeichneten Vereinbarung mit der PSG die Rede ist, war nicht zu erwarten, dass die angestrebte Zusammenarbeit bereits zwei Monate später scheitern würde. Wir sind allerdings froh über diese Entwicklung. Dieses Scheitern ist ein richtiger und wichtiger Schritt in Richtung einer praxisnahen Lösung, welche die lokalen Begebenheiten berücksichtigt und es dadurch ermöglicht, das Strandbadrestaurant und das Panorama verschiedenen Pächtern zu übergeben.

Gemäss den Ausführungen in der Aufgaben- und Leistungsüberprüfung, die ja ursprünglich der Auslöser für dieses Projekt war, könnte ein Gastro-Konzept, das alle sechs Gastronomiebetriebe in städtischer Hand einem einzigen Pächter übergibt, zu jährlichen Einsparungen von Fr. 20'000.-- bis Fr. 50'000.-- führen. Der Stadtrat hat zwar von Anfang an zugesichert, dass für ihn sowohl ein Weiterführen der städtischen Gastronomiebetriebe wie bis anhin, also mit einem Pächter pro Betrieb, wie auch ein Zusammenfassen aller Gastronomiebetriebe unter einem Dach möglich sei. Mit dem Leuchttürme-Konzept wurde dann aber klar eine Lösung mit einem sogenannt professionellen Pächter für ursprünglich drei und letztlich noch zwei Betriebe anvisiert.

In der Medienmitteilung von Ende Juni heisst es, die Neuausrichtung mit dem favorisierten Partner sei ein mutiger Entscheid. Es stimmt, solche Veränderungen brauchen Mut, zumal es bei Veränderungen immer Widerstand gibt. Mit dem gewählten Vorgehen hat der Stadtrat aber mehr Übermut als Mut an den Tag gelegt. Ich spreche da nicht nur die unsensible und befremdende Kommunikation mit den bisherigen Pächtern an, sondern auch die Wahl des Beratungsunternehmens. Laut Medienmitteilung vom 9. Dezember 2014 wurde die Awitgroup AG gewählt, weil Zitat: „die Kapazität und das Fachwissen für die betriebswirtschaftliche Berechnung von Gastronomieunternehmen, der Gewinnung von potenziellen Interessenten und der anschliessenden Erstellung von Verträgen innerhalb der Stadtverwaltung nicht im nötigen Umfang vorhanden sind.“ Es ist allerdings Tatsache, dass die Kernkompetenzen dieses Unternehmens in ganz anderen Bereichen liegen als in der Evaluation von Gastronomiebetrieben für die öffentliche Hand. Mit der Wahl der Awitgroup AG als Partner hat unser Stadtpräsident wenig Fingerspitzengefühl bewiesen und vermutlich weder der Stadt noch der Awit einen Gefallen getan. Offen bleibt aber die Frage, wie viel dieses Auftragsverhältnis die Stadt im Endeffekt kosten wird. Laut dem FGK-Bericht zum Budget 2015 kosten die ersten vier Projektstufen bis zur Ausschreibung insgesamt Fr. 24'500.--. Für die restlichen Projektstufen wurde ein erfolgsbasiertes Honorar vereinbart. Bis heute sind gemäss der Beantwortung der Interpellation nun Fr. 30'000.-- angefallen. Uns würde es interessieren – vielleicht kann der Stadtrat dies nachher ja mündlich beantworten – mit welchen Ausgaben bis Ende Jahr noch gerechnet werden muss und wie hoch die Kosten für den Gastronomiespezialisten voraussichtlich sein werden, der jetzt neu hinzugezogen worden ist.

Die Fraktion SP-Gewerkschaften-Juso unterstützt nach wie vor das Vorhaben des Stadtrates, ein attraktives und vielseitiges Gastronomieangebot am See zu schaffen und dabei auch den Pächtern genügend unternehmerischen Spielraum zu lassen. Einerseits sollen die Betriebe der Stadt einen Mehrwert bringen, andererseits muss die Stadt für die Pächter aber auch ein verlässlicher Partner sein. Mit einem umsichtigen Vorgehen, das eine individuelle Lösung für jeden Betrieb vorsieht, wird dies unserer Meinung nach besser erreicht als mit einem realitätsfernen Einheitskonzept.

Das ursprüngliche Ziel, nämlich die Verbesserung des Nettoertrages für die Stadt, darf dabei nicht aus den Augen verloren werden. Im April hiess es noch, dass im Rahmen einer Neukonzeption für die Stadt keine zusätzlichen Kosten für den baulichen und betrieblichen Unterhalt der Liegenschaften entstehen sollen. In der vorliegenden Beantwortung steht nun, die wirtschaftlichen Anforderungen lägen nicht an erster Stelle. Wir meinen, hier darf der Stadtrat nicht zurückkrebsen.

Ob die Ertragskraft nun gesteigert wird, indem neue Pächter die nötigen Investitionen und Unterhaltsarbeiten übernehmen oder indem der Pachtzins erhöht wird, ist nicht zentral. Wichtig ist, dass durch die Neuausrichtung die finanzielle Situation nachhaltig verbessert wird und dabei die Attraktivität des Angebotes nicht leidet.

Andrea Vonlanthen, SVP: Die SVP-Fraktion begrüsst es, dass das städtische Gastro-Konzept nun in diesem Rahmen diskutiert werden kann. Dies umso mehr, als die Antwort des Stadtrats zur vorliegenden Dringlichen Interpellation in etlichen Teilen nicht befriedigt.

Drei Punkte sollen hier kritisch gewürdigt werden:

1. Die Absicht. Ausgangspunkt zum aktuellen Gastro-Konzept war die LÜP – also die Aufgaben- und Leistungsüberprüfung mit Massnahmen zur Optimierung der finanziellen Lage der Stadt Arbon. Sie wissen, dass uns der LÜP-Expertenbericht Fr. 30'000.-- Franken gekostet hat. Im LÜP-Bericht lesen wir: „Wenn die sechs gastronomischen Betriebe zusammen verpachtet werden würden, liesse sich durch ein Gesamtkonzept und einen professionellen Pächter für die Gemeinde ein besseres finanzielles Ergebnis realisieren.“

Die SVP-Fraktion hielt die Absicht mit einem mächtigen Super-Pächter schon in der Diskussion zur LÜP für nicht sinnvoll und realistisch. Heute haben wir weder ein Gesamtkonzept noch einen professionellen Pächter noch die Aussicht auf höhere Erträge.

Jetzt kann sich der Stadtrat plötzlich „unterschiedliche Lösungsansätze“ vorstellen. Ein einziger Pächter sei nicht mehr zwingend. Die wirtschaftlichen Anforderungen stünden auch nicht an erster Stelle.

Was genau will denn der Stadtrat mit dem neuen Gastro-Konzept? Sind die LÜP-Träume also nicht mehr als Schäume? Diese Antwort ist uns der Stadtrat heute schuldig.

2. Der Rückzug des Wunschkäufers. Ende Juni noch berichtete der Stadtrat von der Vereinbarung mit der PSG Gastro AG und einem „überzeugenden Konzept im Sinne der gewünschten Entwicklung“. Es sei, Zitat: „ein Entscheid, der auf solider Basis steht und attraktive Entwicklungsperspektiven für Arbon beinhaltet“. Dann, Anfang September, die Bekanntgabe des Scheiterns.

In seiner Antwort auf die Dringliche Interpellation schreibt der Stadtrat nun, von etwa 50 Interessenten habe lediglich die Bewerbung von Herrn Schildknecht den entsprechenden Anforderungen entsprochen. Erstaunlich! Die andern 49 Gastro-Unternehmen fielen durch. Nicht brauchbar. Offenbar lauter Amateure. War die erste Ausschreibung vielleicht – dieser Verdacht mag aufkommen – so abgefasst, dass sie exakt auf ein bestimmtes Unternehmen zugespielt war?

Das grosse Aha löst nun die Begründung für das Scheitern aus: Die PSG habe sich, Zitat: „aufgrund fehlender Akzeptanz seitens der Politik sowie der diversen Zeitungsberichte und Leserbriefe zurückgezogen“. „Zudem fühlte sich Peter Schildknecht in seiner unternehmerischen Freiheit zu stark eingeschränkt.“ Das heisst doch: Aufgrund der breiten öffentlichen Kritik hat der Stadtrat die Hürden für den gewünschten Pächter deutlich erhöht, worauf dieser desillusioniert zum Rückzug geblasen hat.

Fazit: Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende. Diesem Scheitern muss wahrlich niemand nachtrauern. Es erspart Herrn Schildknecht und der Stadt Arbon einiges an Ärger!

3. Wie weiter? Der Stadtrat scheint nun doch einige Lehren gezogen zu haben. Es ist richtig, wenn er mit Hilfe eines St. Galler Gastro-Spezialisten nach einer konzeptionell und personell vernünftigen Lösung sucht. Wir wüssten gerne heute, wer dieser Experte ist. Ob es vernünftig ist, die Zusammenarbeit mit Awit trotzdem noch bis Ende Jahr weiterzuführen, ist eine andere Frage. Wir wünschen heute jedenfalls klare Aufschlüsse über die finanziellen Auswirkungen dieser Zusammenarbeit. Fr. 30'000.-- wurden bereits bezahlt. Was wird nachgereicht, falls zum Beispiel. doch noch ein Interessent aus der ersten Bewerbungsrunde, einer der 40 Amateure, zum Zug kommen sollte?

Das sind unsere Erwartungen an den Stadtrat:

- 1. Wir erwarten für unsere städtischen Gastrobetriebe Pächter mit einem klaren Bezug zu Arbon und zum Arboner Gewerbe und viel Herzblut für diese wichtige Dienstleistung im Interesse der Arboner Gäste.
- 2. Wir erwarten, dass das Strandbadrestaurant und das Panoramarestaurant auf die kommende Gäste-Saison frühzeitig wieder geöffnet werden, allenfalls im Sinne einer Übergangslösung.
- 3. Schliesslich erwarten wir auch eine klare Aussage dazu, wem künftig im Stadthaus die Federführung in diesem Geschäft obliegt. Liegt sie weiterhin beim Stadtpräsidenten?

Man muss es sagen: Gesamthaft hat der Stadtrat bei der Erarbeitung und der Umsetzung dieses-Konzepts bisher alles andere als einen souveränen Eindruck gemacht.

Nur mit einem klaren Konzept, mit einer gründlichen Auswahl der richtigen Partner und vor allem mit einer viel offeneren und exakteren Kommunikation kann einigermaßen wettgemacht werden, was in den letzten Monaten an Vertrauen und Goodwill verloren gegangen ist. Einiges Vertrauen könnte wohl schon zurückgewonnen werden, wenn der Stadtrat zur Einsicht kommt, dass er das Gastro-Konzept bisher nicht mit der nötigen Sorgfalt und Sensibilität bearbeitet hat.

Max Gimmel, FDP/XMV: Die parlamentarischen Interventionen in das viel diskutierte Gastrokonzept standen von Anfang an unter einem ungünstigen Stern. Bereits im Juli, also zwei Monate vor der Parlamentssitzung, kam ein erster Anlauf mit einer dringlichen Interpellation von denselben Interpellanten. Diese wurde wieder zurückgezogen, es kam eine neue, über deren Dringlichkeit an der letzten Parlamentssitzung vergessen wurde zu diskutieren, und dann am Schluss in der Fragerunde noch meine Frage, die ebenfalls auf Unverständnis gestossen ist. Vielleicht wäre diese anders verstanden worden, wenn wir über die Dringlichkeit der Interpellation tatsächlich diskutiert hätten. In unserer Fraktion waren wir der Ansicht, dass die Beantwortung nicht hätte um eine Sitzung verschoben werden müssen, weil der Prozess der Suche nach neuen Pächtern weiterlaufen muss und nicht durch eine Diskussion in der Öffentlichkeit beeinflusst werden darf.

Die, wie erwähnt bereits im Juli eingereichte, erste Interpellation von der CVP/EVP-Fraktion stellte Fragen wie

- Enthält die Vereinbarung Vorgaben bezüglich Preisgestaltung, Öffnungszeiten und grundsätzliche Ausrichtung der einzelnen Gastrobetriebe?
- Werden vertragliche Vorgaben gemacht, die sicherstellen, dass in den verschiedenen Gastrobetrieben kein „Einheitsbrei“ entsteht?
- Enthält die Vereinbarung einzuhaltende Vorgaben bezüglich Lieferanten (Bäcker, Metzger, Gemüse, Getränke etc.)

Wenn wir diese Vorgaben stellen, dann haben wir wahrhaftig einen Vertrag, den der Stadtrat einem potentiellen Bewerber unter die Nase hält, und hofft, dass er ihn unterzeichnet. Wir kommen aber damit nicht weiter als wir heute sind.

Der Stadtrat hat aber in seiner Medienmitteilung vom 29. Juni 2015, also schon vorher, klar und richtig gesagt: Im Vordergrund der angestrebten Neuausrichtung steht eine möglichst hohe Attraktivität aller Gastronomiebetriebe für die Einwohnerinnen und Einwohner von Arbon, es ist ein Bekenntnis für Arbon, sowie für auswärtige Gäste. Im Idealfall ist das gastronomische Angebot der einzelnen Betriebe so aufeinander abgestimmt, dass eine möglichst breite Palette angeboten werden kann.

Wenn man dann nachher nochmals von Einheitspreis spricht, ist das völlig daneben.

Und weiter unten heisst es:

Der Stadtrat ist sich bewusst, dass die gesteckten Ziele nur erreicht werden können, wenn er den Pächtern den nötigen unternehmerischen Spielraum einräumt. Er ist bereit dazu und wird die Entwicklung eng begleiten.

Wir haben das alles schon im Juni gewusst. Es ist nicht neu. Auch für unsere Fraktion war das Scheitern mit der PSG eine Überraschung. Die Meldung des Stadtrates in der eingangs erwähnten Medienmitteilung vom Juni mit der Aussage, Zitat: die „entsprechende Vereinbarung mit dem leistungsfähigen Partner Peter Schildknecht Gastronomiebetriebe AG“ ist unterzeichnet“, diese Mitteilung mochten viele interpretieren, dass ein Pachtvertrag unterzeichnet worden ist. Es war aber, wie dies auch in Interviews von Stadtpräsident Balg in der Zeitung zu lesen war, eine Absichtserklärung, die zum Ziel hatte, den definitiven Pachtvertrag auszuarbeiten. Auch das haben wir gewusst.

Der Stadtrat hat nun die Interpellation umfassend beantwortet, vor allem auf die 1. Frage haben wir eine deutliche Stellungnahme gehört. Wir erinnern uns an die Medienmitteilung: Suche nach Gastropartner geht weiter. Dort hiess es: Inzwischen steht fest, dass keine Zusammenarbeit zustande kommt. Diese knappe Aussage liess offen, wer sich eigentlich zurückgezogen hat.

Im Nachhinein hätte damals eine präzisere Formulierung wohl geholfen, die Wogen um das Gastrokonzept zu glätten. Auch erkennen wir in den heute vorliegenden Antworten, dass der Stadtrat sehr wohl versucht hat, seine Haut teuer zu verkaufen.

Der Stadtrat muss nach Möglichkeiten suchen, wie man aus den drei Gastrobetrieben Strandbad, Seeparksaal und Hafenkiosk, die an bester Lage Arbons liegen, mehr als Fr. 30'000 pro Jahr erwirtschaften kann. Dazu braucht es eine attraktive Gastronomie, aber auch Geld, und zwar von aussen. Die Stadt hat keines. Es geht also nicht darum, einen Pächter zu finden, der für die gleichen Einnahmen sorgt. Sondern es geht um etwas Neues. Es geht darum, wer hat eine zündende Idee, mit der man einen Mehrwert generieren kann, damit wir uns die stadteigenen Liegenschaften auch wirklich leisten können.

Wir sehen es heute am Beispiel Romanshorn, die Plattform im SBB-Hafen und das Restaurant dazu sind beste Zeugen dafür, was man erreichen kann, wenn sich Investoren für einen Ort interessieren. Die Gemeinde Romanshorn wäre nie in der Lage gewesen, solche Projekte voranzutreiben. Ebenso wenig kann es Arbon, wenn es sich nicht öffnet und Investoren zulässt. Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, dass kein Misstrauen geschürt wird. Romanshorn zeigt aber auch sehr deutlich die Kehrseite der Medaille: Das Hotel Schloss, wunderschön gelegen mit einzigartigem Seeblick. Zahlreiche Anläufe zur Entwicklung haben verschiedene Investoren viel Geld gekostet, und heute steht es wieder leer. Die Gastronomie ist eine sehr anspruchsvolle Branche mit wenig Spielraum und sie erfordert Fachkompetenz, die wir hier im Saal nicht haben, und die eine Gemeindeverwaltung auch nicht hat.

Das Parlament hat per Gemeindeordnung die Aufsicht über den Stadtrat und die Stadtverwaltung. Wir meinen aber, das Parlament soll sich nicht in die operativen Geschäfte einmischen. Die Frage nach einer Begründung zu einer Entscheidung ist keine Einmischung, die Diskussion um Öffnungszeiten und Bestandteile von Verträgen im Vorfeld einer Vertragsunterzeichnung hingegen schon. Arbon braucht in den nächsten Jahren nicht nur Aufsicht, sondern auch Weitsicht, sonst schaffen wir den turn-around nicht. Und dazu gehört auch eine Verbesserung der Kostenstruktur der stadteigenen Liegenschaften. Das Gastrokonzept ist lediglich ein Bestandteil davon. Der Stadtrat soll daran festhalten und weiter arbeiten.

Dominik Diezi, CVP/EVP: Gestatten sie mir auch im Namen der CVP/EVP-Fraktion noch einige Ausführungen zu den Antworten des Stadtrats in dieser Sache. Das neue Gastrokonzept des Stadtrats hat ja bekanntlich schon einen längeren Leidensweg hinter sich. Ob es überhaupt sinnvoll war, auf die Peter Schildknecht Gastronomiebetriebe AG (PSG) statt die bisherigen Pächter zu setzen, soll heute allerdings nicht unser Thema der Ausführungen der CVP/EVP Fraktion sein.

Die Option PSG ist Geschichte und die Verträge mit den bisherigen Pächtern im Strandbad und im Seeparksaal sind ausgelaufen. Es bleibt letztlich gar nichts anderes übrig, als vorwärts zu schauen. Das Warum des Scheiterns der Verhandlungen mit der PSG soll uns allerdings doch noch einen Moment des Nachdenkens Wert sein. Denn dadurch ist die Stadt in eine relativ missliche Situation geraten, gerade auch in finanzieller Hinsicht. Die Einnahmen, die im Budget 2016 für die Restaurationen im Strandbad und vor allem im Panorama enthalten sind, stellen beim heutigen Stand auf alle Fälle reine Annahmen dar. Die entsprechenden Pächter müssen ja zuerst noch gefunden werden.

Warum ist der Deal mit der PSG geplatzt? Wir haben es ja bereits gehört bei den Vorrednern. Der Stadtrat führt insbesondere die fehlende öffentliche und politische Akzeptanz an. Die PSG habe sich zudem in ihrer unternehmerischen Freiheit eingeschränkt gefühlt. Nun, wie verhält es sich damit im Einzelnen?

Was den angeführten öffentlichen, wie auch politischen Gegenwind als Rückzugsgrund für die PSG anbelangt, so muss man sehen, dass wir uns bei den städtischen Gastrobetrieben im Rahmen des Arboner Service public bewegen. Es geht mithin um einen Bereich von eminentem öffentlichem Interesse mit – wenn sie so wollen - Hunderten von Experten.

Das soll selbstverständlich nicht zu Denkverboten führen. Aber wer hier einschneidende Änderungen in Erwägung zieht, muss sich im Klaren darüber sein, dass er sich in einem Minenfeld bewegt. Das war sich der Stadtrat wohl von Anfang an zu wenig bewusst, ansonsten er viel offensiver informiert und vor allem auch die Bevölkerung von Beginn weg in die Entwicklung des neuen Konzepts einbezogen hätte. Ein bis heute dem Parlament wie auch der Öffentlichkeit unbekanntes „Leuchtturmkonzept“ alleine bringt auf alle Fälle Neuansätze im Gastrobereich nicht zum Leuchten, sondern weckt eher Argwohn. Dies vor allem, wenn verdiente bisherige Pächter auf der Strecke bleiben. Erst recht muss sich aber ein erfahrenes Gastrounternehmen wie die PSG bewusst sein, dass besser nicht in der Küche arbeitet, wer Hitze nicht aushält. Wenn die öffentlich erfolgten kritischen Äusserungen für die PSG schon zu viel waren, dann war sie wohl in der Tat die falsche Partnerin.

Wurde die PSG zu stark in ihrem unternehmerischen Freiraum eingeschränkt? Worin übermässige Beschränkungen bestehen sollen, wenn gewisse Vorkehrungen getroffen werden, dass kein Einheitsbrei beim Angebot und kein elitäres Angebot entstehen, vernünftige Öffnungszeiten gegeben sind, ortsansässige Anbieter weiterhin berücksichtigt werden und auch an die Vereine gedacht wird, ist dies für uns nicht ersichtlich. Die CVP/EVP-Fraktionsinterpellation vom 10. Juli 2015 hat diese wichtigen Punkte eines städtischen Gastrokonzepts thematisiert. Diese Punkte decken sich offenbar zu einem guten Teil auch mit den Vorgaben, die der Stadtrat selbst in die Verhandlungen mit der PSG eingebracht hat. Das ist auch absolut richtig so. In dieser Hinsicht kann man dem Stadtrat für die weiteren Gespräche mit Interessierten nur den Rücken stärken.

Wenn man die Gründe analysiert, die zum Scheitern der Gespräche mit der PSG geführt haben, so scheint uns im Übrigen die stadträtliche Medienmitteilung vom 30. Juni 2015 von zentraler Bedeutung zu sein. Zur Erinnerung: In dieser Medienmitteilung wird fälschlicherweise der Eindruck erweckt, der Vertragsschluss mit der PSG sei bereits perfekt. Die Medienmitteilung ist im Übrigen nichtssagend und wirft eigentlich nur Fragen auf.

Wie wir heute wissen, haben sich in diesem Sommer die Verhandlungen mit der PSG in der entscheidenden Phase befunden. Eine Absichtserklärung war unterzeichnet, nun standen die detaillierten Vertragsverhandlungen auf der Traktandenliste.

Da stellt sich für uns schon die Frage, warum der Stadtrat in dieser heiklen Phase der Vertragsverhandlungen überhaupt eine Medienmitteilung herausgibt, die zudem noch falsch und nichtssagend ist? Sie hat unsere Fraktionsinterpellation vom 10. Juli 2015 ja geradezu förmlich provoziert. Aus heutiger Sicht dürfte diese Interpellation dem Stadtrat die Arbeit wohl in der Tat nicht erleichtert haben. Aus damaliger Sicht nehme ich für uns allerdings in Anspruch, dass unsere Interpellation durchaus auch im Interesse des Stadtrates lag. Nach der erwähnten inhaltslosen Medienmitteilung hätte die Beantwortung unserer Interpellation dem Stadtrat nämlich die Gelegenheit geboten, den erfolgten Vertragsschluss mit der PSG zum ersten Mal nachvollziehbar zu begründen. Die Bevölkerung galt es ja erst noch vom neuen Konzept zu überzeugen.

Nun aber zum Schluss der Blick in die Zukunft. Wie geht es nun weiter? Es ist zu hoffen, dass sich der Stadtrat bewusst ist, dass er sich nun selbst unter erheblichen Zugzwang gesetzt hat, gerade auch in finanzieller Hinsicht. Es wäre daher von besonderem Interesse zu wissen, wie weit die Gespräche mit weiteren Interessenten bereits gediehen sind bzw. welche zeitlichen Vorgaben sich der Stadtrat diesbezüglich selbst gesetzt hat. Interessant wäre auch zu wissen, wer der offenbar zusätzlich beigezogene Gastrospezialist ist, was genau seine Aufgaben sind und wie es sich mit seiner Entschädigung verhält.

Abschliessend möchten wir der Hoffnung Ausdruck geben, dass sich der entstandene Scherbenhaufen einmal im Nachhinein als der positive Wendepunkt in diesem Geschäft erweisen wird und uns der Stadtrat schon bald gute Lösungen für die städtischen Gastronomiebetriebe präsentieren kann. Im Interesse eines möglichst attraktiven Arbons sind wir auf alle Fälle gewillt, den Stadtrat bei dieser anspruchsvollen Aufgabe zu unterstützen.

Riquet Heller, FDP/XMV: Ich bin als Einziger sitzen geblieben, als es um den Antrag ging betreffend Diskussion über das Gastronomiekonzept. Ich kann ihnen sagen auch warum. Ich glaube aber auch nicht, wir brauchen nicht darum zu ringen in dieser Sache je zuständig zu werden. Es liegt auf der Hand, dass dem so sein wird. Sie wissen, PSG hätte allein im Strandbad Fr. 700'000.-- investiert. Sie brauchen nicht lange vor dem Panoramarestaurant zu stehen. Es ist ausgeräumt. Die Küche ist nicht brauchbar, und die Vorratskeller im Untergeschoss sind ebenfalls stark renovationsbedürftig. Die Gesundheitspolizei würde es nicht erlauben, dass dieses Lokal geöffnet wird. Daraus ergibt sich, bei einer Investition von mehreren hunderttausend Franken im Strandbad, einen gleichen Betrag hier im Panoramarestaurant. Klar, dass da möglicherweise eine Volksabstimmung dazu nötig ist. Sicher eine Bewilligung des entsprechenden Kredits in unserem Parlament, und wenn auch das nicht gegeben ist, dann im Budget, das wir demnächst bekommen. Wollen wir, dass das Restaurant für einen Pächter bereit ist im nächsten Jahr, muss mindestens im Budget für nächstes Jahr ein entsprechender Betrag auftauchen. Das wird uns nicht sehr gut tun.

Sodann möchte ich noch bemerken: Was suchen wir eigentlich? Wir möchten einen Pachtvertrag abschliessen, wo vielerlei geregelt ist. Max Gimmel hat die Bedingungen schon aufgezählt. Der Wirt muss von dann bis dann offen haben. Er muss dort die Waren beziehen. Er darf diese Preise nur verlangen. Was möchten wir eigentlich? Möchten wir die Wirtschaft selber führen? Suchen wir einen Geranten? Möchten wir einen Arbeitsvertrag und nicht einen Pachtvertrag? Ich glaube, die Tendenz im Parlament überschießt. Demzufolge bitte ich sie um entsprechenden Freiraum für den Stadtrat, dass er neue Perspektiven findet, nämlich einen Pachtvertrag mit einem Pächter, der namhaftes Kapital hat, und dies hätte PSG gehabt. Diese Eigenschaft wenigstens hätte sie gehabt.

Cyrill Stadler, FDP/XMV: Ich habe ganz viele Schlagworte gehört: Scheitern – Lehren ziehen – Konzeptlos – Scherbenhaufen – Erwartungen die ausgesprochen wurden – alles andere als souverän – Vertrauen zurück gewinnen, weil das Vertrauen ja anscheinend total nicht mehr da ist – Bearbeitung nicht mit der nötigen Sorgfalt – Leistungsüberprüfung – 100 Experten, die da anscheinend mitwirken – Einheitsbrei – Falsche und nichtssagende Medienmitteilungen – Inhaltslos. Das waren nur so die wenigen, die mir in den Voten aufgefallen sind. Aus diesen Voten bekommt man den Eindruck, da liegt alles im Argen und nur eins war super, die Gastronomiebetriebe, die jetzt geführt wurden. Es könnte wirklich der Eindruck entstehen, alles wäre beim Besten bei diesen Gastronomiebetrieben. Ist das wirklich so? Ist wirklich alles beim Besten, wenn beim Hafenkiosk beim schönsten Wetter am Samstag- oder Sonntagnachmittag ein Rollo geschlossen ist und niemand kann sich dort etwas kaufen? Ist das dann wirklich beim Besten? Wenn im Strandbad draussen um 9.45 Uhr in der Nacht bereits geschlossen ist? Es gibt nichts mehr zu essen, weil es steht ja da: 22.00 Uhr wird die Küche geschlossen, sie ist jetzt leer. Ist das dann wirklich beim Besten? Wäre da nicht gesunder Menschenverstand gefragt: schönes Wetter, die Leute sitzen noch, es ist Sommer, wir halten noch etwas länger offen.

Ich bin der Überzeugung, es ist berechtigt, sich Fragen zu stellen: was wollen wir mit unseren Gastronomiebetrieben? Was wollen wir für Pächter da drauf setzen und, welche Erträge sollen die für uns abwerfen?

Meine Kenntnisse, wenn ich da in der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission sitze und sehe, was wir für Erträge erwirtschaften mit diesen Betrieben, dann ist das nicht eine Glanzleistung. Da dürfen wir als Stadt uns wirklich hinterfragen, ist das das Maximum was wir erwirtschaften können, oder gäbe es allenfalls noch Spielraum nach oben. Ich bin froh, wenn man da konzeptionell dahinter geht. Nur, und das fehlt mir bis jetzt ein bisschen vom Stadtrat, wir sprechen hier immer von einem Gastronomiekonzept, von einem Konzept, wie diese Betriebe verpachtet werden sollen. Ein Konzept in dieser Richtung wäre für mich, so in einfachen Worten, dass man sagt: ja halt Strandbadrestaurant – wir wollen weiterhin eine Selbstbedienung. Es soll ganz- oder halbjährig oder so definiert, geöffnet sein. Es sollen vorwiegend regionale Produkte, wie zum Beispiel Schweizer Fleisch angeboten werden, oder was auch immer. Dass man irgendwo definiert, was wollen wir von diesen Betrieben.

Im Seeparksaal: Wir möchten eine Gastronomie in der mittleren Klasse, wir möchten dieses und jenes Angebot. Nachher mit diesem Konzept hinausgehen, Pächter suchen, die eventuell sogar bereit sind, selber zu investieren. Das wäre für mich ein Gastronomiekonzept für die städtischen Liegenschaften.

Wenn wir jetzt als Parlament hingehen und schon bevor irgendetwas passiert ist, kommen wir schon mit: Aber nein das nicht, das nicht und jenes nicht und dieses nicht. Dann sind wir nicht Parlamentarier. Dann sind wir irgendwie Stadträte Nummer 6 bis 36. Das sind wir nicht. Wir sind Stadtparlamentarier, wir sind die Legislative. Vielleicht könnten wir hingehen und sagen, wir schaffen ein Reglement über die Verpachtung von städtischen Liegenschaften. Dann wären wir legislativ tätig. Das aber, was wir jetzt hier veranstalten, ist ein Eingreifen in die operative Tätigkeit vom Stadtrat. Ich habe mehr den Eindruck, dass wir hier verhindern als dass wir unterstützen. Ich bin der Überzeugung, die städtischen Liegenschaften, die städtischen Gastronomiebetriebe könnten mehr abwerfen. Die könnten in der Stadtkasse mehr Ertrag schaffen. Diese Chance sollten wir für uns alle nutzen. Einerseits für dies und auf der anderen Seite für uns als Bürger, für die Gäste, die hier dasitzen. Ich glaube, das ist ein grosses Bedürfnis, dass wir an unserer wirklich hervorragenden Position am Bodensee auch Betriebe haben, die Auswärtige anziehen, die zum Flanieren, die zum Verweilen, zum Essen und zum kulinarischen Verweilen eben auch anspornen.

Stadtpräsident Andreas Balg: Auch von meiner Seite herzlich Willkommen, schönen Abend beisammen. Es stimmt und es ist richtig. Wir konnten bisher keinen Vertrag erfolgreich abschliessen. Das bedauern wir sehr. Auf gut deutsch würde ich sagen „das schiisst üs a“. Die Ausgangslage ist denkbar schwierig. Das war sie auch vorher schon, denn wir haben es gehört: die städtischen Gastronomien, die Infrastruktur, ist teilweise marode und muss erneuert werden. Man könnte wahrscheinlich sagen, es geht hier um die Quadratur des Kreises.

Auf der einen Seite wollen wir finanzstarke Pächter, die auch in der Lage sind, ein sauberes Detailkonzept zu erarbeiten, die auch ihren Freiraum, ihren unternehmerischen Freiraum brauchen. Auf der anderen Seite haben wir ganz konkrete Vorstellungen, was geht und was nicht sein darf. Dazwischen bleibt wahrscheinlich ein schmaler Streifen von möglichen Partnern, die wir, so hoffen wir, bald finden können, um mindestens die ersten beiden Lücken oder Leerstellen, die wir haben, schliessen zu können.

Aber es ist wie bei der Suche eines Mitarbeiters. Sie machen eine Personalauswahl, sie haben einen ersten Favoriten, und dann sagt er ihnen ab. Wenn sie Glück haben und sie die Gespräche richtig geführt haben, dann haben sie vielleicht eine Nummer Zwei oder eine Nummer Drei und können die weiteren Gespräch mit diesen fortführen. Für die Anforderungen, die uns gestellt werden, wir haben da nicht soviel Spielraum, wie das vielleicht scheinen mag. Es gab genau eine Auswahl. Jetzt geht es darum, aus der aktuellen Situation das Beste zu machen. Vielleicht gebe ich ihnen ein paar zusätzliche Informationen auf die Fragen, die gestellt wurden. Alle werde ich nicht beantworten können, aber der Stadtrat steht ja auch persönlich zur Verfügung.

Ganz generell zum Konzept. Es ist richtig, der Stadtrat hat ein Rahmenkonzept erarbeitet. Das Ziel ist dabei, gastronomische Perlen zu entwickeln, Leuchttürme zu haben. Ich bin überzeugt, keiner von ihnen wird mir widersprechen, wenn ich sage, Schloss, Panorama und Strandbad eignen sich dazu. Hervorragende Lagen, nicht so hervorragende Infrastruktur, aber gute Voraussetzung, um wirklich etwas daraus machen zu können. Es ist etwas Gutes oder es sind mehrere gute Dinge geblieben aus den Gesprächen und der Zusammenarbeit mit der PSG. Das eine Gute ist, dass wir gesehen haben, ist ein Detailkonzept, und das ist die Idee, zusammen mit den potentiellen Pächtern zu erarbeiten. Das haben wir mit PSG gemacht. Wir haben gesehen, ich sage es auch deutsch und deutlich: „etwas verdammt Schönes“ sich entwickeln könnte. Umso bedauerlicher ist es, dass es nicht geklappt hat.

Die Frage wurde gestellt bezüglich des Gastrospezialisten. Einmal mehr darf ich darauf hinweisen, dass wir auch in der Vergangenheit, und schon mehr als zwei Jahre, mit einem Gastrospezialisten zusammenarbeiten, dies insbesondere für die Beurteilung, Qualifizierung und Bewertung von gastronomischen Infrastrukturen, das heisst Einrichtungsmaterial. Das ist die Firma Hotres. Das wurde schon genannt. Dieser Partner ist aber nicht der neue Partner. Der neue Partner heisst Josef Müller, ist heute noch Präsident von Gastro St. Gallen und steht uns nach Anforderungen stundenweise zur Verfügung. Die Arbeitsgruppe wird ihn da einsetzen, wo Kompetenz fehlt und Lücken geschlossen werden müssen.

Auch hier wurde die Frage bezüglich Kosten gestellt. Das hängt davon ab, wie stark und intensiv wir Herr Müller einsetzen werden. Wir werden sehr genau auf die Mittel achten, die wir einsetzen. Hier aber kann ich noch keine Angaben machen. Letztendlich hängt es vom weiteren Vorgehen ab.

Bevor ich noch zum weiteren Vorgehen komme, vielleicht noch eine Information zur Frage mit der Awit und das weitere Vorgehen. Es ist ein Fact, dass wir einen Vertrag mit der Awit haben, der bis Ende dieses Jahres läuft. Es ist aktuell die Sache, dass wir diesen Abschluss des Vertrags diskutieren. Leider kann ich hier noch keine abschliessende Auskunft geben, welche zusätzlichen Kosten auf uns zukommen werden. Letztendlich ist das auch Sache von Verhandlungen. Da dürfen sie uns dann gerne am 8. Dezember 2015 erneut eine Frage stellen.

Das weitere Vorgehen: Wir haben natürlich auch aus grossem eigenem Interesse sofort reagiert und haben gesagt, wir schauen, welche von den bereits kontaktierten Partnern noch zur Verfügung stehen, und dem Stadtrat zusagen können. Wir haben zwei Gespräche geführt. Wir werden am 3. November mindestens ein weiteres Gespräch führen, vielleicht ein viertes.

Sollte sich daraus ein würdiger Pächter ergeben, vielleicht gar zwei, was sehr mutig wäre, für das Strandbad und das Panorama, dann haben wir Glück gehabt. Wir werden aber keine Kompromisse eingehen. Es geht darum, die gastronomischen Liegenschaften wirklich zu Perlen zu entwickeln. Wenn wir keinen Erfolg haben oder abermals keinen Erfolg haben, dann werden sie schon bald darauf eine neue Ausschreibung sehen. Wir werden so lange die richtige Möglichkeit suchen, bis wir eine Lösung gefunden haben, die Arbon und uns entspricht.

Die Frage wurde noch gestellt, was denn die Ziele sind. Gerade das ist wunderbar in der Beantwortung aufgeführt. Es geht um ein attraktives und vielseitiges, auf die besonderen Rahmen abgestimmtes Gastronomieangebot, regionale und hochwertige Speisen und Getränke. Das ist auch so im Vertrag erfasst. Das haben wir bereits gehört. Obwohl die wirtschaftlichen Antworten nicht an erster Stelle stehen. Das heisst genau, sie stehen nicht an letzter Stelle oder sind gar nicht wichtig, sondern sie sind nicht an erster Stelle.

Ich sage ihnen auch warum. Wenn es uns gelingt, eine gastronomische Perle, einen Leuchtturm zu etablieren, dann ist der Betrag, den die Stadt erhält für eine Miete, sekundär, weil durch die hohen Besucherzahlen, die Arbeitsplätze, die Einnahmensituation für Gastronom und Stadt die Imageverbesserung deutlich stärker wirkt.

Zur letzten Frage, die ich mir notiert habe. Der Stadtrat hat beschlossen, dass die Federführung weiterhin beim Präsidium liegt.

Präsident Heinz Gyga: Sind keine weiteren Wortmeldungen mehr, ist das Geschäft erledigt.

3. Interpellation betreffend „Dem Arboner Kulturleben Sorge tragen“ Beantwortung

Präsident Heinz Gygax: Die Interpellation wurde am 23. Juni 2015 eingereicht und von 18 Parlamentsmitgliedern mitunterzeichnet. Die Antwort des Stadtrates haben sie ebenfalls mit dem Versand vom 6. Oktober 2015 erhalten. Ich bitte nun die Interpellantin Ruth Erat, SP-Gewerkschaften-Juso um eine Stellungnahme, ob sie mit der Beantwortung zufrieden ist.

Ruth Erat, SP-Gewerkschaften-Juso: Ich danke der Stadt für die Antworten auf die Fragen zum Thema „Dem Arboner Kulturleben Sorge tragen“ und bin erfreut, dass sich die Kulturkommission einer noch gezielteren Kulturförderung zuwendet, hier auch die Rahmenbedingungen anschaut.

Ein Kulturkonzept kann zeigen, was da ist, welche Wirkung davon ausgeht, wie diese für Arbon unterstützt und genutzt werden kann – mit welchen Zielen, Zielen auch für die Stadt. Festzustellen ist aber auch, dass eine Abnahme der Nutzung der bestehenden Räume verzeichnet werden muss, also ein neues Problem zu bewältigen ist. Und schwierig – schwierig ist die Tatsache, dass offenbar aus einer schriftlichen Zusage, 500 Quadratmeter im Luxusrohbau während mindestens fünf Jahren, eine Bereiterklärung geworden ist. Und nicht ins Blickfeld rückt die Frage, wie nach fünf Jahren Zuwendung ein Kulturraum „Presswerk“ finanziert werden könnte. Aus diesen Gründen beantrage ich eine Diskussion, die mithilft, Arbons Kulturleben mit seiner positiven Ausstrahlung zu stützen.

://: Dem Antrag auf Diskussion der Interpellation betreffend „Dem Arboner Kulturleben Sorge tragen“ wird grossmehrheitlich zugestimmt.

Präsident Heinz Gygax: Wir kommen zur Diskussion und ich übergebe nochmals das Wort an Ruth Erat

Ruth Erat, SP-Gewerkschaften-Juso: Arbon ist ein wunderbarer Ort. See und Säntis, Altstadt und Kulturleben. Das sind die Highlights. Und es gibt Menschen, die hier leben, weil wir hier nicht nur Wasser, Bergsicht und geschichtlich Gewachsenes haben, sondern auch aktive Organisationen und Menschen, die uns mit ihren kulturellen Beiträgen wach halten und Freude machen. Kultur ist ein Standortfaktor. Und wir haben hier eine Lebendigkeit und Vielfalt, die es verdient, dass wir sie schätzen und stützen. Erfreut stellt man denn auch fest, dass manche Stadträte und Parlamentarierinnen und Parlamentarier da auch präsent sind, Veranstaltungen besuchen und so ihre Wertschätzung für die Kulturschaffenden zeigen.

Wir wissen, Kultur schafft Mehrwerte. Und sie ist über die Umwegrendite tatsächlich kein unwesentlicher Finanzfaktor. Ja, was wäre Weimar ohne Goethe und Schiller? Was St. Gallen ohne den Klosterbezirk? Was Arbon ohne die Kulturleistung „Uferpromenade“? Und was unsere Schweiz ohne die 20 Milliarden Franken Wertschöpfung aus der Kultur- und Kreativwirtschaft?

Kultur verschafft einem Ort Charakter, Ausstrahlung und materielle Wertschöpfung. Das ist eine Binsenwahrheit. Und ebenso ist es leider auch eine Binsenwahrheit, dass man hier annimmt, Verträge seien für anderes die passende Form – Zusagen seien ausreichend. Dem ist aber nicht so. Das wissen wir alle. Und so gibt es denn keinen Grund, wenn aus einer vertraglichen Zusicherung eine Bereiterklärung entsteht, dies so zu belassen. Hier bedarf es einer Nachbesserung.

Zudem ist das Arboner Kulturleben – wie jedes andere auch – weiterzuentwickeln. Junge Menschen klagen. Doch zugleich schaffen junge Menschen hier auch neue Möglichkeiten. Grillentanz oder Uestuelete-Beitrag im Kappeli zeigen das sehr schön. Das Triebwerk kann da, sofern es eine weitere Bleibe findet, unter anderem weitertreibend beflügeln und ventilieren. Das sollte realisiert werden können, nicht nur geplant und geträumt.

Die Altstadt von Arbon ist eine kulturelle Bühne. Das Werk 2 mit seinem künftig urbanen Charakter könnte ein Ort für junge Kultur werden. Aber diese muss bezahlbar sein, auch mittelfristig. Da genügt es nicht, nur von sorgsamem Umgang mit Mitteln zu reden.

Da braucht es auch eine Finanzplanung. Und dringend notwendig ist ein genauer Blick auf die vorhandenen Räume. Dieser ist anzumachen.

Anzuregen ist zudem, jene Möglichkeiten, die wir haben, optimal zu nutzen. Regional zusammenzuarbeiten, die Vernetzungs- und Unterstützungsmöglichkeiten von Kulturpool Oberthurgau nutzbar zu machen – und den Beitrag, den die Stadt für den Felix leistet, dafür einzusetzen, dass jede Woche auf einer Spezialseite das Kulturangebot der Region in übersichtlicher Form dargestellt wird. Der Stadtrat könnte dies schaffen (grossartig ist das nicht). Die Kulturschaffenden würden es danken und Arbon profitieren. Profitieren auch von Fragen, die trotz informeller Vorgespräche, hier, heute gestellt werden.

Kaspar Hug, CVP/EVP: In der Stadt der weiten Horizonte muss auch Kultur Platz haben. Kultur in allen Formen gehört heute zu einer funktionierenden Gemeinschaft – zu einer lebendigen Stadt. Heute schon wird von der Stadt rund Fr. 200'000.-- für Kultur pro Jahr ausgegeben. Das ist nicht nur ein Klecks, sondern ein wesentlicher Beitrag an das vielfältige Kulturleben. Ich wage zu behaupten, dass ohne diesen Beitrag einige kulturelle Veranstaltungen nicht realisierbar wären.

Wir begrüssen die private Initiative mit der Gründung der neuen Aktiengesellschaft „Kulturzentrum Presswerk AG“. Wir sind überzeugt, dass hier etwas sehr Gutes und Positives entstehen wird. Es ist aber auch uns klar, dass dazu noch grosse Anstrengungen notwendig sein werden. Insbesondere muss einiges an Kapital beschafft werden. Wir glauben aber, dass die hier engagierten Personen eine gewisse Garantie für das Erreichen des Zieles darstellen. In der Antwort des Stadtrates wird ausgesagt, dass die Kulturkommission ein neues Kulturkonzept erarbeiten wird. Da würde es uns interessieren, bis wann dieses neue Konzept vorliegen wird.

Mit dem angekündigten Beitrag der Firma HRS, während fünf Jahren je Fr. 60'000.--, soll ein Kulturfonds geschaffen werden. Was passiert nach diesen fünf Jahren? Hat man sich im Stadtrat schon überlegt, wie es danach weitergehen soll? Für uns ist klar, dass man nicht auf der einen Seite, mit Blick auf unsere finanzielle Lage, sparen muss und auf der anderen Seite soll man nun noch einen Kulturfonds weiter speisen. Sicher wäre dies zu begrüssen. Aber können wir uns das leisten?

Sie sehen, wir in der Fraktion haben uns ausführlich zu diesem Thema unterhalten und sind leider zu keinem abschliessenden Resultat gelangt. Noch viele Fragen sind offen. Wir hoffen, dass diese im Laufe der Zeit aber zum Wohle eines vielfältigen Kulturlebens in Arbon positiv beantwortet werden können.

Roland Schöni, SVP: Die SVP-Fraktion ist einhellig der Meinung, dass die Beantwortung der Interpellation „Dem Arboner Kulturleben Sorge tragen“ als befriedigend zu bezeichnen ist. In Arbon herrscht kein Notstand im Bereich der Kultur, sondern diese ist unserer Ansicht nach ausreichend und es besteht heute schon ein breites kulturelles Angebot und da sind wir mit dem Stadtrat einig. In seiner Beantwortung schreibt der Stadtrat, dass er mit der Interpellantin Ruth Erat ein informelles Gespräch geführt habe mit dem Ziel, aufzuzeigen, dass zum jetzigen Zeitpunkt nicht alle Fragen beantwortet werden können. Dabei äussert der Stadtrat gleich das Begehren, dass es hilfreich wäre, wenn alle politischen Vorstösse zuerst mit dem Stadtrat besprochen würden. Dieses Ansinnen mag in Einzelfällen gut sein, kann aber keinesfalls als die Norm angesehen werden.

Der Stadtrat hält zu recht fest, dass er einen sorgfältigen Umgang mit den im Kulturfonds zur Verfügung stehenden Mitteln pflegen will. Dies ist in Anbetracht der prekären finanziellen Lage von Arbon auch richtig. Deshalb will die Stadt auch keine eigenen Räumlichkeiten für Kulturanlässe mieten. Wir haben noch genug eigenen Bedarf, um in die Kultur zu investieren. Ich denke da an die umfangreiche Renovation des Kappeli. Eine gute Sache, wobei uns diese Kulturbaustelle eine Stange Geld kosten wird und endlich auch einmal abgeschlossen werden muss.

Aber derzeit sind Bestrebungen im Gange, mit dem Max Burkhardt-Haus eine weitere kulturelle Grossbaustelle zu eröffnen. Wir können uns solche Wünsche nicht mehr leisten, obwohl die Initiative der Begeisterten durchaus löblich ist. Bei soviel Enthusiasmus sollte es aber auch möglich sein, dies auf privater Basis zu bewerkstelligen und nicht immer in das Portemonnaie der öffentlichen Hand zu greifen.

In Arbon stehen viele kulturelle Angebote mit verfügbaren Räumen zur Verfügung, wobei ich hier namentlich das Schloss erwähne. Unter all diesen Gesichtspunkten erachten wir das kulturelle Angebot als genügend und es bedarf keiner zusätzlichen städtischen Kosten. Die Beantwortung der Frage, was mit dem neuen Kulturkonzept bezweckt wird, steht noch aus.

Patrick Hug, Vizestadtpräsident: Ich danke ihnen für ihre engagierten Voten zum Arboner Kulturleben, das auch mir, der ich seit dem 1. Juni 2015 diesem Bereich vorstehe, sehr am Herzen liegt und dem es in der Tat Sorge zu tragen gilt. Ich teile mit Ruth Erat die Auffassung, dass Arbon über eine grosse Vielfalt an kulturellen Aktivitäten verfügt, die zur Attraktivität unserer Stadt beiträgt, also auch ein Standortfaktor ist. Die einige Zeit rückläufige Zahl von Gesuchen um finanzielle Unterstützung bei der Kulturkommission hat im zweiten Semester 2015 wieder zugenommen. Fakt ist aber, dass die für kulturelle Anlässe geeigneten Räumlichkeiten in Arbon immer noch zu wenig genutzt werden, auch wenn speziell für das Schloss zu sagen ist, dass sich die dortigen Räume nicht für jede Art von kulturellen Anlässen eignen.

Die von der Interpellantin in ihrem Vorstoss aufgelisteten Kulturanlässe will ich zumindest mit zwei grossen, weit über die Stadtgrenzen hinaus ausstrahlenden Anlässen ergänzen: Das Summerdays-Festival und das Lilibiggs-Kinderfestival. Als zusätzliches Beispiel für kreatives Kulturschaffen, Ruth Erat hat es heute ebenfalls erwähnt, liesse sich auch die Uestuehlete erwähnen, die von der Kulturkommission mit einem finanziellen Beitrag unterstützt wurde.

Oftmals finden aber kulturelle Veranstaltungen nicht die Resonanz, welche sie eigentlich verdient hätten: Als aktuelles Beispiel möchte ich das Konzert des Konzertchors St. Gallen mit Streichern des Sinfonischen Orchesters Arbon vom vergangenen Freitag in der Evangelischen Kirche erwähnen. Immerhin konnte der finanzielle Beitrag der städtischen Kulturkommission durch einen Beitrag des kantonalen Lotteriefonds nachträglich noch verdoppelt werden. Hier ist aber eine intensivere Bewerbung der einzelnen Anlässe gefragt.

Wie in der Interpellationsantwort nachzulesen ist, hat eine Delegation des Stadtrats mit der Interpellantin vor der konkreten Beantwortung ihrer Fragen ein informelles Gespräch geführt. Dies mit dem Ziel, aufzuzeigen, dass zum heutigen Zeitpunkt auf einzelne Fragen konkrete und detaillierte Antworten noch nicht möglich sind. Dieses Angebot, Roland Schöni, ist selbstverständlich freiwillig. Es ist ein Angebot des Stadtrats zum Gespräch. Wir wollen offen sein für diese Gespräche. Wir wollen diese aktiv führen und wenn dieses Angebot genutzt wird, was Ruth Erat gemacht hat, dann sind wir diesbezüglich sehr dankbar.

Ich kann ihnen seit der Beantwortung des Vorstosses am 7. September folgende zusätzliche Informationen geben. Ich hoffe, damit auch weitere, heute gestellte Fragen beantworten zu können.

1. Die Kulturkommission wird an ihrer Sitzung im kommenden Dezember einen ersten Entwurf des Kulturkonzepts beraten mit dem Ziel, das Konzept bis Ende Frühjahr 2016 zuhanden des Stadtrates zu verabschieden. Gerne werden wir heute vorgetragene Vorschläge und Fragen in unsere Überlegungen mit einbeziehen.
2. Eine Delegation des Stadtrates hat mit den Verantwortlichen des Kulturzentrums Presswerk den Stand des Projektes analysiert und die weiteren Schritte definiert. Die Stadt wird die Projektverantwortlichen bei der Mittelbeschaffung, bei den Verhandlungen mit der HRS und im Baubewilligungsverfahren unterstützen.
3. Die von der HRS zugesicherten Fr. 300'000.--, welche in einen noch zu erstellenden Kulturfonds fliessen und über deren Verwendung die Kulturkommission Richtlinien erarbeiten wird, sind mit den vorgesehenen Jahrestanchen à Fr. 60'000.-- auf fünf Jahre begrenzt. Ob und in welcher Form diese Unterstützung fortgesetzt werden kann, ist zum heutigen Zeitpunkt noch offen.

Es ist aber nicht vorgesehen, dass die Stadt diesen Beitrag leisten kann, setzen wir doch schon heute jährlich über Fr. 200'000.-- für die Kulturförderung ein. Kaspar Hug hat dies ebenfalls erwähnt.

Präsident Heinz Gygax: Sind keine weiteren Wortmeldungen mehr, ist das Geschäft erledigt.

4. Interpellation betreffend „Einführung von easyvote für Neuwählerinnen und Neuwähler“

Beantwortung

Präsident Heinz Gygax: Die Interpellation wurde am 18. März 2014 von Angela Di Santo, CVP/EVP und Felix Heller, SP-Gewerkschaften-Juso sowie 19 Mitunterzeichnenden eingereicht und durch den Stadtrat beantwortet. Ich übergebe den Interpellanten das Wort für eine kurze Stellungnahme, ob sie mit der Antwort zufrieden sind oder nicht.

Felix Heller, SP-Gewerkschaften-Juso: Zusammen mit meiner Mitinterpellantin Angela Di Santo, die leider heute krankheitshalber abwesend ist, danke ich den 19 Mitunterzeichnenden aus dem Parlament für die Unterstützung unseres Vorstosses und dem Stadtrat für die Beantwortung.

Wie aktuell das Thema Erhöhung der Stimmbeteiligung in Arbon weiterhin ist, hat sich bei den eidgenössischen Wahlen vom 18. Oktober eindrücklich gezeigt: 46 Prozent betrug die Wahlbeteiligung im Kanton Thurgau, in Arbon waren es dagegen lediglich 38 Prozent. Vergleicht man die Wahlbeteiligung in Arbon mit anderen grösseren Gemeinden im Kanton, reibt man sich verwundert die Augen: In Weinfelden und in Frauenfeld betrug sie 47 Prozent, in Kreuzlingen oder in Romanshorn 45 Prozent. Angesichts dieser erneut miserablen Wahlbeteiligung wurde von einzelnen Parlamentarierinnen und Parlamentariern doch der Wunsch laut, heute Abend zu diskutieren, wie wir in Arbon die Wahl- und Stimmbeteiligung konkret erhöhen könnten. Wir möchten diesem Wunsch nachkommen und beantragen deshalb - entgegen unserer Ankündigung - eine Diskussion. Ich bitte sie, eine solche zu ermöglichen und den Antrag zu unterstützen.

://: Dem Antrag auf Diskussion der Interpellation betreffend „Einführung von easyvote für Neuwählerinnen und Neuwähler“ wird grossmehrheitlich zugestimmt.

Präsident Heinz Gygax: Felix Heller, SP-Gewerkschaften-Juso hat das Wort.

Felix Heller, SP-Gewerkschaften-Juso: Vielen Dank für die Unterstützung. Wie Angela Di Santo und ich bereits in der Interpellation geschrieben haben, liegt vor allem bei den jungen Erwachsenen grosses Mobilisierungspotenzial. Ein Grund für die Nichtbeteiligung vieler Junger ist die Überforderung: Die politische Sprache ist zu kompliziert, die Kandidierenden sind unbekannt und der Wahlakt generell zu schwierig. Natürlich gibt es auch viele, die den Urnen aus purem Desinteresse fern bleiben. Interesse kann aber auch nur geweckt werden, wenn die jungen Stimmbürgerinnen und Stimmbürger verstehen, um was es in der Politik eigentlich geht. Überforderung und Desinteresse hängen also meistens zusammen. Leider hat eine Nichtbeteiligung an Wahlen und Abstimmungen in den frühen Erwachsenenjahren zur Folge, dass auch später die politischen Rechte seltener wahrgenommen werden. Oder anders gesagt: Nimmt eine junge Frau oder ein junger Mann an Abstimmungen oder Wahlen teil, stehen die Chancen sehr gut, dass er oder sie dies auch im späteren Leben wieder einmal tun wird. Der Stadtrat anerkennt dies auch in seiner Beantwortung, was wir zufrieden zu Kenntnis nehmen. Er hält fest: „Die Einstellung Jugendlicher und junger Erwachsener zum beziehungsweise ihre Teilnahme am politischen Prozess prägt zweifellos ihr Verhalten in späteren Jahren. So ist es angezeigt, zu erörtern, wie sich diese Bevölkerungsgruppe zu politischem Handeln motivieren lässt.“

Leider erübrigt sich aus Sicht des Stadtrates aber ein Einstieg bei easyvote, da die Stadt bereits Vimentis nutzt. Wahrscheinlich kennen die meisten von Ihnen die Informationsplattform Vimentis. Im Gegensatz zu easyvote handelt es sich dabei nicht um ein Jugendprojekt. Vimentis ist nicht speziell für junge Erwachsene, sondern für ein viel breiteres Publikum gedacht. Zur Motivierung junger Erwachsener ist Vimentis unserer Ansicht nach wenig geeignet. Easyvote ist jugendfreundlicher, da die Sprache verständlicher und die Gestaltung wesentlich attraktiver ist. Easyvote trifft den Nerv der Jugend besser als dies Vimentis tut. Einige werden jetzt bemängeln, dass easyvote dafür viel teurer sei. Dem ist aber nicht so, im Gegenteil: Vimentis kostet die Stadt zwischen Fr. 1'200.-- und Fr. 1'600.-- im Jahr. Dafür erhalten alle 18-jährigen Arbonerinnen und Arboner während eines Jahres bis zu siebenmal Post von Vimentis. Bei der Berechnung, was ein easyvote-Abonnement kosten würde, wird hingegen mit der Zustellung während sieben Jahren gerechnet, nämlich von 18-25. Erhielten wie beim Vimentis-Abo lediglich alle 18-jährigen in Arbon das easyvote-Abo, würde das die Stadt Arbon ca. Fr. 800.-- kosten, also gerade einmal die Hälfte von dem, was uns Vimentis kostet. Ich habe diese Zahlen aus einer Offerte, die ich bei easyvote eingeholt habe. Ich werde diese dem Stadtrat gerne zustellen.

Sie sehen, wir reden hier über sehr kleine Beträge. Diese Beträge könnten aber einen grösseren und vor allem nachhaltigen Effekt auf die Stimmbeteiligung von Neuwählenden haben. Ob easyvote ein probates Mittel ist, die Stimmbeteiligung zu erhöhen, müsste man ausprobieren. Wir können den Stadtrat nicht dazu verpflichten, bei easyvote einzusteigen. Wir empfehlen ihm aber wärmstens, das Vimentis-Abo nicht mehr zu erneuern und easyvote zumindest für alle 18-jährigen oder zum Beispiel für alle 18-20-jährigen zu abonnieren.

Andrea Vonlanthen, SVP: Die SVP-Fraktion bedankt sich bei den beiden jungen Interpellanten. Sie haben ein wichtiges Thema von hoher Aktualität aufgegriffen:

Felix Heller hat darauf hingewiesen. Die Wahlen vom 18. Oktober sind in bester Erinnerung. Das kantonale Amtsblatt bestätigt in seiner aktuellen Ausgabe die Tatsache, die mich seit einiger Zeit stark beschäftigt und auch ärgert. In Arbon war die Beteiligung mit 37,7 Prozent – wieder einmal – besonders schlecht, ja am tiefsten von allen 80 Thurgauer Gemeinden. Nur Rickenbach blieb mit 38,0 Prozent auch noch unter der 40-Prozent-Marke. Kantonal, wie es Felix Heller sagt, betrug die Beteiligung 46,6 Prozent. Gibt es wohl einen Zusammenhang: Der höchste Steuerfuss und die tiefste Stimmbeteiligung im ganzen Kanton. Haben viele Arbonerinnen und Arboner allenfalls resigniert?

Heute Morgen rief mich eine Arboner Persönlichkeit an – nicht aus dem bürgerlichen Zirkel übrigens: Man müsse sich angesichts der Probleme in der Arboner Politik und der Kommunikationsdefizite nicht wundern, wenn sich die Bürger enttäuscht und misstrauisch abwenden. Und diese Person zitierte den Abschnitt „Kommunikation“ aus dem Legislaturprogramm 2011-2015 des Stadtrats (Titel des Legislaturprogramm: „Im Aufwind“): Hier waren unter Kommunikation vier Ziele und zehn Massnahmen zur Verbesserung der Kommunikation in Arbon aufgeführt. Ich erspare ihnen die Ausführungen. Man darf gespannt sein, welche Bilanz der Stadtrat gerade zu diesen Kommunikations-Zielen demnächst ziehen wird. Vielleicht liegt ja hier ein erster wesentlicher Grund, Felix Heller, warum sich jüngere Leute von der Politik fernhalten.

Die Antwort des Stadtrats auf die zweite Frage der Interpellanten ist nachvollziehbar und vernünftig. Es macht keinen Sinn, den jungen Arbonerinnen und Arbonern den Informationsdienst Easyvote zuzustellen. Die Fr. 7000.-- bis Fr. 8000.-- dafür können und müssen wir uns sparen. Es gibt keine Thurgauer Gemeinde, die diesen Dienst bisher einsetzt und über positive Erfahrungen berichten könnte. In der Thurgauer Zeitung vom 9. Oktober bezweifelt der Lausanner Politikwissenschaftler Georg Lutz, dass „Easyvote“ etwas bringt. Für ihn hänge es vor allem mit den Lebensumständen der Jungen zusammen, dass sie sich weniger mit Politik befassen. Sie hätten ganz andere Prioritäten. Doch sobald man anfangs, sesshaft zu werden, steige auch das Interesse an der Politik allmählich.

Damit sind wir bei Frage eins und der wenig inspirierten Antwort des Stadtrats. Der Stadtrat hält „die Einbindung der Bevölkerung in den politischen Prozess für zentral für unser politisches System“. Eine „möglichst breite politische Partizipation ist daher von grosser Bedeutung“. Doch damit ist der Stadtrat mit seinem Latein auch bereits am Ende.

- Warum fragt der Stadtrat nicht nach dem Staatskundeunterricht an der Sek?
- Warum fragt der Stadtrat nicht nach der demokratiepolitischen Verantwortung unserer beiden städtischen Publikationsorgane?
- Warum fragt der Stadtrat nicht nach seinen eigenen Möglichkeiten? Schliesslich führt er heute eine gut aufgestellte und dotierte Medienstelle? Doch auch dies: Warum erinnert der Stadtrat die politischen Parteien nicht an ihre Verantwortung?

Und hier, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, müssen wir uns wohl an der eigenen Nase nehmen.

Drei konkrete Punkte zum Thema:

1. Von unserer Sekundarschule – und natürlich auch der Berufsschule - wäre zu erwarten, dass sie die politische Bildung deutlich verstärkt und gerade vor wichtigen Urnengängen auch die Verbindung mit aktiven Politikern sucht. Gerne bestätige ich, dass es gute Ansätze gibt: Die Sekundarschüler vom Wahlfach Politik, die uns jeweils zum Bundeshaus begleiten, sind jedes Mal ausgezeichnet informiert und sehr motiviert. Sekundarlehrer Alain Zürcher wird wieder eine Klasse begleiten, wenn es am 3. Dezember wieder zum Bundeshaus geht. Nur müsste das Politik-Fieber die Sekundarschule noch viel mehr erfassen.
2. Von den Medien wäre zu erwarten, dass sie vor Wahlen nicht nur schöne „Personal-Gschichtli“ bringen, sondern auch verständlich sagen, was kumulieren und panaschieren heisst und warum Proporzahlen und Majorzahlen nicht ganz das Gleiche sind. Die vielen ungültigen Wahlzettel lassen grüssen. Hier geht es um Verstehen, wie es Felix Heller zu Recht dargelegt hat.
3. Vom Stadtrat wäre zu erwarten, dass er sich nicht mehr mit Floskeln zufrieden gibt. Meine Anregung: Ein runder Tisch – wie übrigens auch im Legislaturprogramm als erste Kommunikations-Massnahme erwähnt – mit Politik, Medien und Schule zur Frage: Wie rückt Arbon bei der Stimmbeteiligung vom letzten Platz ins Mittelfeld vor? Ein dankbares Projekt für den neuen Kommunikations-Chef im Stadthaus. Doch der Stadtrat müsste es anstossen!

Der Stadtrat schreibt am Schluss seiner Antwort auf die „Easyvote“-Interpellation: „Verschiedene Ansätze der politischen Aktivierung wurden in der Beantwortung der Interpellation „Förderung der Stimmbeteiligung“ eingehend diskutiert. Das war vor zwei Jahren, als ich eine Interpellation zu diesem Thema eingereicht hatte.

Ja, wir haben eingehend diskutiert. Doch was ist seither geschehen? Lassen wir es auch jetzt mit einer netten kleinen Diskussion bewenden? Ich frage ja bloss.

Max Gimmel, FDP/XMV: Ich habe mich gegen diese Diskussion gewendet, weil ich eben diese Diskussion nicht wollte. Es gibt nicht erst seit zwei Jahren die tiefste Stimmbeteiligung in Arbon. Man muss das nicht nutzen, um eins auf das Dach zu hauen beim Stadtrat. Es ist so, dass die Antwort des Stadtrats bezüglich der Frage, die Felix Heller gestellt hat, eigentlich richtig beantwortet wurde. Es ist eine Sachfrage gewesen, die sehr sachlich beantwortet wurde und damit habe ich mich eigentlich begnügt.

Wenn wir jetzt in Arbon diese politische Kultur immer wieder so hervorheben oder uns wünschen, dann sollten wir vielleicht anfangen, sie zu beleben. Dann würde eventuell auch wieder mehr interessieren, wenn man wieder Kandidaten sucht oder wenn man wieder eine Parteiversammlung einberuft und nicht nur einfach die treuesten Parteigänger strammstehen, sondern auch Interessenten von überall her an diese Versammlungen kommen. Dann können wir das wirklich leben. Dazu aber müssen wir uns selber an der Nase nehmen.

Stadtpräsident Andrea Balg: Ich will die Diskussion kurz halten. Es wurde erwähnt, die Interpellation vom 26. März 2013 von Andrea Vonlanthen. SVP, beantwortet auch die Frage: wie erklärt sich der Stadtrat die fast durchwegs deutlich unter dem kantonalen Durchschnitt liegende mässige Stimmbeteiligung in Arbon. Ich bitte das im entsprechenden Dokument nachzulesen. Ein wunderbarer Artikel auch heute in der Thurgauer Zeitung mit dem Thema „wir verlieren die Jungen“. Ich glaube, auch da können einige Schlüsse gezogen werden.

Präsident Heinz Gyga: Sind keine weiteren Wortmeldungen, ist dieses Geschäft erledigt.

5. **Motion „Streichung der Grundgebühr in Langzeitparkierzonen“**

Beantwortung, Diskussion, Beschlussfassung

Präsident Heinz Gyga: Am 12. Mai 2015 ist diese Motion von Christine Schuhwerk, Claudia Zürcher und Riquet Heller, alle FDP/XMV-Fraktion und 9 Mitunterzeichnenden eingereicht und vom Stadtrat wie vorliegend beantwortet worden. Er empfiehlt die Motion als nicht erheblich zu erklären.

Zum Vorgehen: Wir werden zuerst gemäss Art. 44 des Geschäftsreglements zuerst über die Erheblichkeit der Motion beraten und anschliessend allenfalls über die Zuweisung an eine Kommission oder den Stadtrat entscheiden. Ich eröffne die Diskussion. Das Wort haben zuerst die Motionäre.

Riquet Heller, FDP/XMV: Die Motionäre danken dem Stadtrat für die Beantwortung der Motion und den dazugehörigen Antrag ans Parlament.

Die Beantwortung geht weit über das Thema der Motion hinaus. Statt sich auf die Anpassung von Art. 10 Abs. 4 Parkierreglement zu beschränken, wie dies die Motion tat, macht der Stadtrat Ausführungen, dass er das Parkierreglement in Zusammenarbeit mit dem Parlament generell revidieren will. Betreffend das Thema der Motion Anpassung Art. 10 Abs. 4 Parkierreglement schreibt der Stadtrat, er habe das Parlament im Sinne einer Sofortmassnahme über die künftige Anwendung des Artikels informiert. Wir Parlamentarier hätten dem an der Sitzung vom 23.06.2015 zugestimmt. Diese Änderung sei sinngemäss in Art. 10 Abs. 1 der stadträtlichen Verordnung zum Parkierreglement vorgenommen und per sofort in Kraft gesetzt worden. Dies ist eigentlich alles zum Thema dieser Motion.

Also sehen wir doch einmal nach, was das bewirkt hat, diese Sofortmassnahme, was auf der Homepage der Stadt Arbon unter Merkblätter und Reglemente heute Abend zum Thema „Grundgebühren in Langzeitparkierzonen“ zu finden ist. Schlagen sie ihr Handy auf, sehen sie dort nach, was publiziert ist aktuell. Reiben sie sich die Augen: Art. 10 Abs. 4 Parkierreglement und Art. 10 Abs. 1 Verordnung sind beide unverändert mit den Fr. 3.-- Grundgebühren nach wie vor publiziert. Und von einem Beschluss vom 23.06.2015 betreffend Sofortmassnahmen zur Abschaffung der Grundgebühr ist in der Rechtssammlung unserer Stadt nichts zu finden. Die gesetzgeberische Sofortmassnahme „Abschaffung der Grundgebühr“ ist gemäss Rechtssammlung ganz einfach inexistent.

Ich gebe noch eins drauf: Weil wir beim Durchwinken der Sofortmassnahme, es war eigentlich ein Sofortgesetz, vergessen haben, den alten Art. 10 Abs. 4 Parkierreglement mit der Grundgebühr von Fr. 3.-- aufzuheben, existiert dieser alte Artikel in unserem Reglement trotz Sofortmassnahme tatsächlich und zu Recht weiterhin. Wir Parlamentarier haben nichts am alten Art. 10 Abs. 4 Parkierreglement geändert, namentlich haben wir die dort erwähnte Grundgebühr nie aufgehoben. Wir haben zwar viel um die Grundgebühr herumdiskutiert, beschlossen, dass Art. 10 Abs. 4 Parkierreglement, beziehungsweise die Grundgebühr, aufgehoben sei, haben wir aber nie. Zu Deutsch: Die Publikation des alten Artikels mit der Grundgebühr im Internet ist zwar Unsinn, aber formell korrekt.

Und auch Art. 10 Abs. 1 der vom Stadtrat am 10.11.2014 erlassenen Verordnung mit der Grundgebühr von Fr. 3.-- ist nach wie vor in Kraft. Ich habe nichts davon gehört, wonach der Stadtrat mit einer Verordnungsänderung nach dem 23.06.2015 festgelegt hätte, die Grundgebühr von Fr. 3.-- in Langzeitparkierzonen sei nun aufgehoben. Demzufolge: Auch die Publikation der stadträtlichen Verordnung mit den Fr. 3.-- Grundgebühr, die sie jetzt noch im Internet nachlesen können, ist zwar Unsinn, aber entspricht der Rechtslage.

Zusammengefasst: Wir haben den Art. 10 Abs. 4 des Parkierreglements mit der Grundgebühr nie aufgehoben, was wir dringend hätten tun sollen. Konsequenterweise hat der Stadtrat seine Verordnung zum Parkierreglement in Sachen Grundgebühr ebenfalls nie modifiziert. Und das alles ist so unverändert auf der Internetplattform unserer Stadt publiziert geblieben, beziehungsweise der von uns bewilligte stadträtliche Sofortmassnahme-Beschluss ist unter der Rubrik Merkblätter und Reglement auch heute Abend nicht publiziert.

Zu dieser, sagen wir einmal, Unordnung in unserer Gesetzgebung, finden sie in der Motionsantwort kein Wort. Ich mache kein Geheimnis daraus: Nur wegen dieser Unordnung haben wir Motionäre die Motion hängen lassen und sie nicht schon lange zurückgezogen. In der Motionsantwort hätten wir gerne erfahren, was mit dem alten Art. 10 Abs. 4 Parkierreglement und dem alten ebenfalls Art. 10 Abs. 1 Parkierverordnung geschehen ist und wie die alte Rechtslage und die vom Parlament bewilligte Sofortmassnahme zueinander stehen und wo publiziert ist, was aktuell gilt. Zu unserer Enttäuschung sieht der Stadtrat über all das einfach hinweg oder noch schlimmer, er hätte diese „Unordnung“ nicht einmal erkannt. Er hätte es nicht gemerkt, dass da ein Knopf vorliegt.

Wer ist für eine saubere Gesetzgebung verantwortlich? In erster Linie wir als Parlament und nicht der Stadtrat. In Sachen Parkierreglement und dem nachträglichen Fallenlassen der Grundgebühr haben wir als Parlament, als Gesetzgeber ziemlich versagt. Und dasselbe Parlament will gegenüber einem anderen, ebenfalls demokratisch gewählten Organ unserer Stadt, nämlich dem Stadtrat, in vielerlei Belangen, Stichworte Kreisel und städtische Restaurants, die strenge Aufsichtsbehörde sein. Ich meine: Wir sollten zuerst vor der eigenen Haustür wischen, bevor wir uns mit Hingabe und bis in Detail um Geschäfte Dritter kümmern.

Ich weiss, den Ruf nach einer exakten Gesetzgebung, überhaupt nach mehr Genauigkeit, hören viele Parlamentsmitglieder nicht gern und danach gehandelt wird nicht freiwillig, sondern nur, wenn es sein muss. Von einem Bemühen um Vorbildlichkeit keine Spur. Wir Parlamentarier produzieren lieber lustvoll viel und verlangen von Dritten viel, nehmen es aber in eigener Sache selber nicht so genau. Auf diesem Grund machen sich meine Mitmotionäre und ich keine Illusionen über die Chancen einer Erheblicherklärung der Motion. **Wir ziehen sie darum zurück** und hoffen, Anfang nächstes Jahr läge dem Parlament eine Botschaft zur Revision des Parkierreglements vor, welches möglichst noch vor Saisonbeginn im Sommer in Kraft gesetzt werden kann. Anwälte und Richter, die sich bis zur Inkraftsetzung des verbesserten Reglements möglicherweise über das derzeit geltende Arboner Parkierreglement, die geltende Verordnung des Stadtrats und die dazu von uns beschlossene Sofortmassnahme zu beugen haben, bitten wir um Gnade vor Recht.

Präsident Heinz Gyga: Ich stelle fest: Wird die Motion durch die Motionäre zurückgezogen, **ist das Geschäft erledigt.**

Präsident Heinz Gyga: Wir kommen nun zum eingeschobenen Traktandum.

5.1 Ersatzwahl von zwei Mitgliedern für das Wahlbüro der Legislaturperiode 2015-2019

Rücktritt Giulia Saam, SP-Gewerkschaften-Juso und Antonia Wenk, CVP/EVP

Aus beruflichen Gründen hat Frau Giulia Saam ihren Rücktritt eingereicht. Die SP-Fraktion schlägt ihnen nun Herr Alfred Saam zur Wahl vor und wird ihn anschliessend kurz vorstellen.

Infolge Wohnortwechsel reichte Frau Antonia Wenk ihren Rücktritt ein. Die CVP-Fraktion nominiert Herrn Mark Straub und wird ihn noch kurz vorstellen.

Ich bitte Lukas Graf, SP-Gewerkschaften-Juso, kurz Alfred Saam vorzustellen.

Lukas Graf, SP-Gewerkschaften-Juso: Als Ersatz für Giulia Saam, die aus beruflichen Gründen aus dem Wahlbüro zurücktritt, empfehlen wir ihnen ihren Vater Alfred Saam.

Alfred Saam, Jahrgang 1949, ist seit einem Jahr pensioniert. In Arbon dürfte er vielen bekannt sein, zumal er hier die Sozialen Dienste geleitet hat, bevor er nach Kreuzlingen wechselte um dort während zwölf Jahren die Sozialen Dienste zu leiten. In den 70ern war er acht Jahre lang Mitglied der Primarschulbehörde Arbon. In seiner Laufbahn hat er sich zudem in der Legislative der Stadt Aarau engagiert und war zehn Jahre lang im Vorstand des Vereins „Thurgauer Konferenz der öffentlichen Sozialhilfe“.

Die Fraktion SP-Gewerkschaften-Juso bittet sie, Alfred Saam ins Wahlbüro zu wählen und dankt im Voraus für eine glanzvolle Wahl.

Präsident Heinz Gygax: Ich bitte nun Philipp Hofer, kurz Mark Straub vorzustellen.

Philipp Hofer, CVP/EVP: Gerne übernehme ich die Vorstellung von Mark Straub. Mark Straub ist 24jährig und von Beruf Informatiker EFZ. Mark Straub interessiert sich sehr für die politischen Prozesse und die Abläufe und es würde mich freuen, wenn wir mit Mark Straub eine weitere junge Person für die Arboner Politik gewinnen könnten.

Präsident Heinz Gygax: Ich schlage vor, beide Kandidaten in globo zu wählen. Wer nicht damit einverstanden ist, soll bitte das Wort ergreifen.

://: In Ersatzwahl einstimmig gewählt werden Alfred Saam, Jahrgang 1949, wohnhaft Lavendelweg 9 in Arbon und Mark Straub, Jahrgang 1991, wohnhaft an der St. Gallerstrasse 10 in Arbon für die Legislaturperiode 2015-2019.

6. Fragerunde

Präsident Heinz Gygax: Es liegen fünf vorab eingereichte Fragen vor. Die erste Frage betreffend „Krankenkassen-Case-Management“ wurde eingereicht von Roman Buff, CVP/EVP.

Roman Buff, CVP/EVP: In der Thurgauer Zeitung vom 30.September 2015 wird mit dem Titel „Die neue Abteilung wirkt“ folgendes berichtet: „Vor einem Jahr hat die Gemeinde Rickenbach ein Krankenkassen-Case-Management für säumige Prämienzahler ins Leben gerufen. Nun stellen sich erste Erfolge ein.“

Es heisst weiter: Prävention spart Kosten. Das Prinzip gilt auch, wenn es um die Bezahlung von Krankenkassen-Prämien geht. Je pünktlicher ein Versicherter diese begleicht, desto weniger entstehen zusätzliche finanzielle Aufwände durch die Bearbeitungs- und Betreibungsgebühren sowie Verzugszinsen.

Meine Fragen an Stadtrat Hans Ulrich Züllig:

1. Besteht in Arbon auch ein solches oder ähnliches Krankenkassen-Case-Management?
2. Wenn ja, kann in Arbon auch zahlenmässig/ Frankenmässig von einer Verbesserung für Aufwendungen für ausstehende Krankenkassen-Prämien und Kostenbeteiligungen ausgegangen werden?

Stadtrat Hans Ulrich Züllig: Für all diejenigen, welche mit dem Zusammenspiel von Krankenkassen und Sozialhilfe nicht so sehr vertraut sind, und besonders an die Adresse der erfreulicherweise anwesenden Schulklasse, möchte ich kurz auf den Kontext dieser Frage eingehen.

In der Schweiz ist eine Grundversicherung für jede Person mit Wohnsitz oder Arbeitsort in unserem Lande obligatorisch. Der Vollzug, das heisst die Durchsetzung und Überwachung obliegt den Kantonen. Im Kanton Thurgau ist diese an die Sozialämter der Gemeinden delegiert.

Im Jahre 2011 wurde das Verfahren geändert. Bis dahin haben die Sozialämter von der Säumigkeit von Personen oft erst dann erfahren, wenn diese Personen ärztliche Hilfe, Spital oder was auch immer, beanspruchten und die Gemeinden dafür die Kostengutschriften sprechen mussten. Daraufhin mussten diese Kosten zusammen mit den offenen Prämien beim Schuldner eingezogen werden. Nebst den damit verbundenen direkten Verwaltungskosten zeigte sich, dass die finanzielle Situation der Klienten zu diesem Zeitpunkt bereits so verfahren war, dass eine Rückforderung der zum Teil hohen medizinisch implizierten Kosten illusorisch war und in Verlustscheinen oder gar in Privatkonkurs mündeten. Was fehlte, war ein umfassendes „Frühwarnsystem“.

Mit der 2012 in Kraft getretenen Verfahrensänderung lösen die Sozialämter die ausstehenden Forderungen der Krankenkasse zu 85 Prozent ab, wenn diese eingereicht werden. Dies motiviert die Krankenkasse, säumige Prämienzahler frühestmöglich und vor allem vollständig zu melden. Weil Versicherungsprämien zum Ersten gehört, was Menschen in finanziellen Engpässen vor sich her schieben, ergibt sich heute aus diesem Meldesystem ein griffiges Instrument, Problemstellungen frühzeitig zu erkennen und in einem Stadium eingreifen zu können, in dem die Situation noch gedreht werden kann. Dieses verfeinerte Verfahren ist für das Sozialamt zwar aufwändiger, aus volkswirtschaftlicher und gesellschaftspolitischer Sicht jedoch effizient.

Zu ihren beiden Fragen:

1. Ja, die Sozialen Dienste kennen seit 2006 ein „Case-Management“, das heisst eine individuelle Fallführung. Im Hinblick auf die erwähnte Verfahrensänderung mussten die bestehenden Abläufe nur angepasst werden. Im Jahre 2013 führte der Kanton in Zusammenarbeit mit dem VTG für die Sozialdienste der Thurgauer Gemeinden eine Instruktionstagung durch, an der die Stadt Arbon ihr Modell präsentierte. Es freut uns natürlich, auch durch die Presse erfahren zu dürfen, dass dieses Modell in anderen Gemeinden zu positiven Ergebnissen führt. Es sind zwischenzeitlich noch mehrere Gemeinden, welche das Konzept übernommen haben.

2. Eine exakte Kosten/Nutzen-Rechnung, die kann ich ihnen nicht vorlegen. Dies aus zwei Gründen:

- a. Da Erstens, wie erwähnt, das „Case-Management“ ist für Arbon nicht neu war, gibt es keine klar abgrenzbare „vorher – nachher“ Situation.
- b. Zweitens, eigentlich noch wesentlicher: Wir bewegen uns mit diesem Instrument im Präventionsbereich. Da ist es ähnlich wie in der Werbung: Massnahme und Wirkung lassen sich oft nur schwer oder dann indirekt nachweisen.

Was ich sagen kann: Von den rund 100 Meldungen pro Jahr kann etwa die Hälfte frühzeitig wieder in ordentliche Bahnen gelenkt werden. Bei den restlichen Fällen hilft oft die freiwillige Geldverwaltung mit entsprechenden Sanierungs- und Schuldentilgungsplänen.

In Einzelfällen übernimmt das Sozialamt die treuhänderische Verwaltung der Finanzen, das heisst: das Sozialamt managt das Zahlungswesen von Klienten. Damit können indirekte Schäden, wie zum Beispiel die Vermeidung von Ausfällen beim örtlichen Gewerbe, vermieden werden. Letzteres führt leider allzu oft zu missverständlicher Wahrnehmung in der Bevölkerung, weil angenommen wird, die Sozialen Dienste würden die Zeche, sei es beim Wirt, die Medikamente beim Apotheker, die Miete beim Hauseigentümer, und so weiter, übernehmen. Dem ist nicht der Fall. Diesem leidigen Nebeneffekt kann einzig durch aufklärende Information begegnet werden. Ihre Frage, Roman Buff, bietet mir dazu Gelegenheit. Ich danke dafür und hoffe, sie zur Zufriedenheit beantwortet zu haben.

Präsident Heinz Gygax: Die zweite Frage wurde eingereicht von Astrid Straub, SVP betreffend „Die NLK und ihre offensichtlichen Probleme“

Astrid Straub, SVP: Der Webschiff- Kreisel und die Neue Linienführung der Kantonsstrasse (NLK) in Arbon müssen sich viel Kritik gefallen lassen: zu schmale Fahrbahn für Busse und LKWs, unübersichtliche Überquerung beim Stahelkreisel, eine Bepflanzung im Mittelstreifen, welche für Fussgänger wie auch für Automobilisten ein hohes Risiko darstellt, gerade wenn man den Fussgängerstreifen nahe der Seeapotheke und die Einfahrt zur Tiefgarage in die Migros beim Rosengarten nutzen will. So schön die Wildgräser und Blumen sind – sie wachsen sehr hoch, so dass die Autofahrer Mühe haben, Kleinkinder beim Fussgängerstreifen oder entgegenkommende Fahrzeuge bei der Einbiegung zur Tiefgarage Rosengarten rechtzeitig zu sehen.

Ein weiteres grosses Problem ist die Ausfahrt aus der Rosengarten-Tiefgarage. Diese bittere Erfahrung musste am 6. Oktober eine Automobilistin machen. Leider halten sich nicht alle Autofahrer an das Linksabbiegeverbot. Vielleicht auch, weil die Verkehrstafel schlecht zu sehen ist. Schlimmer noch, auch Camions biegen gerne mal links ab, um nicht, was ich auch irgendwie verstehen kann, um den ganzen Webschiff-Kreisel fahren zu müssen. So auch am Mittwoch, 6. Oktober: Ein LKW-Fahrer, welcher sich bereits in der Einspurstrecke zur Anlieferung befand, musste rückwärtsfahren, da ein anderer Camion aus der Anlieferungszone links abbiegen wollte. Leider entging dem korrekt eingespurten LKW-Fahrer, dass eine Automobilistin hinter ihm stand. Zum Glück blieb es beim Sachschaden. Zur Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer wäre auch hier eine konsequentere Signalisierung von Vorteil. Oder eine neu überlegte Ein- und Ausfahrt von der NLK und zur NLK.

Meine Fragen:

1. Inwiefern ist sich der Stadtrat der Probleme durch die schmale NLK-Fahrbahn, der Gefahrenzonen beim Webschiff-Kreisel, der problematischen Bepflanzung des Mittelstreifens und der Gefahren bei der Ein- und Ausfahrt bei der Rosengarten-Tiefgarage bewusst?
2. Hat der Stadtrat in diesen Fragen beim Kanton bereits interveniert oder wird er es nächstens tun?
3. Wie wird die Stadt Arbon handeln, sollte der Kanton nicht baldmöglichst eine Lösung der angesprochenen Probleme anbieten?

Stadtrat Peter Gubser: Die NLK ist ein sehr grosses Projekt für Arbon. Das Ziel der NLK ist eigentlich zweigeteilt. Es gibt zwei Ziele von der NLK. Das eine, die Entlastung des „Städtli“, vom Durchgangsverkehr. Das ist zu einem grossen Teil jetzt passiert, zu einem noch nicht genügenden Teil. Wir müssen noch weitere Massnahmen ergreifen, damit wirklich aller Durchgangsverkehr auf die NLK wechselt.

Der zweite Nutzen der NLK ist die Erschliessung des Areals Werk2. Das kommt noch. Das bringt hoffentlich dann den Gewinn von diesen vielen Millionen, die wir alle einmal bewilligt haben. Beim Bau dieser NLK sind Probleme entstanden. Es gibt bei den Ausführungen Mängel, die jetzt in nächster Zeit zu beheben sind. Es sind vielfältige Mängel. Gestern Montag vor einer Woche, wurden beim Webschiffkreisel Fahrversuche durchgeführt mit Car, mit Postauto, mit Lastwagen mit Anhängern. Dabei hat man festgestellt, dass einzelne Radien nicht stimmen, ungenügend sind, dass diese grossen und schweren Fahrzeuge genötigt sind, teilweise, wenn auch nur schmal über das Trottoir zu fahren. Dass Signale versetzt werden müssen, weil die Stangen stören, und ein ganz, ganz präzises Fahren von Lastwagenchauffeuren verlangen. Es sind Fahrversuche gemacht worden. Es sind Fotografien gemacht worden. Und jetzt hat das zuständige Ingenieurbüro die Aufgabe, Änderungs-und Verbesserungsvorschläge zu machen.

Ein zweiter Bereich ist der Langsamverkehr, also Fussgänger und Velofahrer. Auch da gibt es Mängel. Auch da gibt es Änderungen, die nötig sind, um die Sicherheit von Fussgängern und Velofahrern zu verbessern.

Ein dritter Punkt ist die Signalisation. Es gibt bei der Signalisation Verbesserungspotential. Es ist mein dringender Wunsch, zu allen diesen drei Bereichen gemeinsam beim Kanton vorzusprechen und die nötigen Änderungen vorzuschlagen.

Ich danke für die Möglichkeit, hier zu berichten über die Arbeit des Stadtrats und über die Ideen, wie diese zu Recht kritisierten Mängel behoben werden sollen. Ich danke auch für die Hinweise, die du mir, Astrid Straub, ab und zu wieder gibst, über Mängel, wie zum Beispiel das zu hoch stehende Gras. Ich meine, eine Mittelbepflanzung sei möglich bei dieser NLK, aber man müsste im Auge behalten, dass sie nicht zu hoch wird, damit nicht Sichtbehinderung entsteht. Du hast letzten Sommer mich auf einen solchen Fall hingewiesen. Ich glaube es hat keine Woche gedauert und der Mittelstreifen war gemäht. Im Hinblick auch auf neue Mängel, danke ich für entsprechende Hinweise.

Präsident Heinz Gyga: Die nächste Frage wurde gestellt von Dominik Diezi, CVP/EVP betreffend „Anpassung Verkehrsregime in der Altstadt“.

Dominik Diezi, CVP/EVP: Mitte September ist das Verkehrsregime in der Altstadt den rechtlichen Vorgaben angepasst worden. In diesem Kontext meine Frage:

Liegen schon erste Messdaten vor, wie sich der Verkehr seither an der Hauptstrasse entwickelt hat, und zwar in beiden Fahrrichtungen?"

Stadtrat Peter Gubser: Nein es liegen keine Messdaten vor. Man hat zwar vorgesehen Messdaten zu erheben, aber die Messstation wurde noch nicht installiert. Die Messstation wird heute in einer Woche am 3. November installiert. Wenn die ersten Messdaten vorhanden sind, verspreche ich, werden wir die auch der Öffentlichkeit mitteilen. Ich finde es gut, dass auch solche Fragen gestellt werden und der Stadtrat auf allfällige Versäumnisse hingewiesen wird.

Präsident Heinz Gyga: Die vierte Frage wurde von Andrea Vonlanthen, SVP betreffend „Weiteres Vorgehen beim Rosasco-Kreisel“ eingereicht.

Andrea Vonlanthen, SVP: Bleiben wir gleich beim Reigen der offenen Verkehrsfragen. Anfang März hat ein überparteiliches Komitee eine von insgesamt 1222 Personen unterzeichnete Petition mit dem Titel „Weg mit dem Pseudo-Kreisel am Rosascoplatz!“ eingereicht. Damit wurde gefordert, dass der unfallträchtige Mini-Kreisel sofort entfernt wird, dass die gefährlichen Steininseln wieder verschwinden, dass am Rosascoplatz eine Verkehrslösung frei von Schikanen gewählt wird und dass die Mitsprache der Bevölkerung zu einer künftigen Verkehrslösung gewährleistet wird.

Der Stadtrat antwortete dann am 13. April, die Stadt nehme die Petition ernst und reagiere „mit der Untersuchung weiterer Massnahmen für die kurz- und mittelfristige Gestaltung alternativ zum bestehenden Minikreisel“ und gebe eine Studie in Auftrag. Und weiter: „Selbstverständlich wird der Stadtrat bei Vorliegen der Studie baldmöglichst entsprechend informieren.“ Inzwischen liegt die Studie offensichtlich seit einiger Zeit vor, ohne dass darüber ein Wort an die Öffentlichkeit gedrungen wäre. Die Probleme bestehen weiterhin. Viele Verkehrsteilnehmer sind auf dem Rosascoplatz verunsichert. Immer wieder ist zu beobachten, dass Automobilisten die Kurve angesichts der engen Verkehrsführung nicht im ersten Anlauf schaffen. Die Situation ist unklar und gefährlich. Nach dem Buchstaben des Gesetzes verhalten sich in diesem Kreisel viele, ja wahrscheinlich die meisten Verkehrsteilnehmer unkorrekt. Würde die Polizei Bussen aussprechen, kämen täglich stolze Summen zusammen.

Meint der Stadtrat wohl, das Problem würde sich von selber lösen, wenn er es nur genügend lange aussitzt und schweigt?

Wir stellen darum die folgenden Fragen:

1. Seit wann liegt die angekündigte Studie vor und welches sind ihre zentralen Schlüsse?
2. Warum hat der Stadtrat nicht wie angekündigt „baldmöglichst informiert“?

3. Wie und bis zu welchem Zeitpunkt wird der Stadtrat das Problem „Rosasco-Kreisel“ konkret angehen?
4. Wie werden die Bevölkerung und speziell auch die betroffenen Anwohner in eine künftige Lösung miteinbezogen?

Stadtammann Andreas Balg: Möglicherweise sprengst du mit diesen vier Fragen das Auffassungsvermögen der Teilnehmenden. Ich werde es aber versuchen, und für alle, die dann das Gesamtbild nicht erfassen können, haben wir ja Gott sei Dank das Wortprotokoll der Parlamentssitzung. Andernfalls würde ich auf einen politischen Vorstoss verweisen, der dann wahrscheinlich der Aufgabe besser gerecht werden könnte.

Die erste Frage handelt sich um das Vorliegen der Studie.

Die Studie „Rosascoplatz Variantenstudium“ des Ingenieurbüros Wälli AG liegt seit Ende Mai vor. Zielsetzungen des ganzen Vorhabens sind:

- Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmer
- Zufahrt für Boottransporte
- Schwerverkehrstransportroute
- Verkehrslenkung auf die NLK
- Durchfahrtswiderstand in Richtung Altstadt
- Umsetzbarkeit, Einspracherisiko und Kosten

Dabei wurden 9 Varianten untereinander verglichen. Die wesentlichen Erkenntnisse sind, dass es keine perfekte Lösung gibt. Die aktuelle Variante wird zusammen mit einer weiteren Variante favorisiert. Mit deutlich mehr Mitteln könnte die Lesbarkeit aber gesteigert werden. Allfällige Anpassungen sollten in einem Gesamtkontext abgestimmt erfolgen.

Was ist mit Gesamtkontext gemeint:

- Auswirkungen des Standortwechsel Jumbo
- Gestaltungsplan Riva und Fenster zum See
- Entwicklung Bahnhofsgelände
- Baunachfolgeprojekte
- Entschleunigung, Nutzung und Gestaltung der Bahnhofstrasse
- Richtplanung
- Einfluss neue Stadtmitte

Der Rhythmus, die Umsetzung der Information steht insbesondere im folgenden Zusammenhang: Eiliges Handeln ist weder nötig noch sinnvoll. Die Entwicklung ist im Gange, viele Rahmenbedingungen sind weder bezüglich ihrer Lösung noch ihrer Auswirkung klar. Es bestehen räumliche, sachliche und zeitliche Abhängigkeiten.

Die vergangenen Monate haben gezeigt, es gibt kein grosses, kein dringendes und damit kein prioritäres Problem. Lediglich mit den bereits erwähnten, bedeutenden Mitteln könnten leichte Verbesserungen erzielt werden. Wir beschäftigen uns laufend mit der Entwicklung der Bahnhofstrasse. Bis zu einem Abschluss wird noch einiges an Zeit verstreichen. Der bedeutendste Planungsschritt findet im Rahmen der Richtplanung im Verlauf des nächsten Jahres statt.

Die letzte Frage bezieht sich auf den Einbezug der Bevölkerung.

Die Bevölkerung und der Einbezug dieser erfolgt im Rahmen der Richtplanung, also der Gesamtplanung und bei allen Einzelmassnahmen gemäss Baureglement. Der Stadtrat hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, noch weitere Varianten zu prüfen. Anschliessend wollen wir wieder informieren.

Präsident Heinz Gyga: Die letzte Frage wurde wiederum von Roman Buff, CVP/EVP eingereicht betreffend „Sonntagsverkauf Novaseta“ am 01.11.2015“

Roman Buff, CVP/EVP:

Auf grossen Plakaten wird bei Novaseta orientiert: „Sonntag 1. November 11.00 - 17.00 Uhr offen“ „Glücksrad drehen und tolle Preise gewinnen!“

Der 1. November ist im Kanton St. Gallen Allerheiligen und wenn Allerheiligen auf einen Werktag fällt, dann kommen viele St. Galler in Arbon einkaufen. Aber dieser Sonntag 2015, was macht das für einen Sinn? Möglicherweise sind aber auch andere Motive dahinter. Ich bin sehr besorgt, dass immer mehr Sonntage für die Öffnung der Läden benützt werden, ganz abgesehen von der Mehrbelastung des Personals.

Zuständig ist nach dem Kantonalen Gesetz über die Ladenöffnungszeiten, Paragraph 6, die Gemeinde: Da heisst es: „Die Gemeinde bewilligt darüber hinaus jedem Verkaufsgeschäft das Offenhalten an höchstens vier Sonntagen pro Kalenderjahr“ und „die Öffnungszeiten dauern von 08.00 bis 20.00 Uhr“.

Meine Fragen:

1. Ist der Grund bekannt, warum die Novaseta-Läden an diesem 1. November 2015 die Läden offen halten? Wie war das vor 7 Jahren, als der 1. November ebenfalls auf einen Sonntag fiel.
2. Wie viele Sonntage hatte Novaseta im Kalenderjahr 2015 schon die Läden geöffnet, und wie viele Sonntage/Feiertage im November/ Dezember 2015 werden die Läden noch geöffnet sein. Führt die Stadt eine genaue Statistik dazu und bewilligt wirklich nur vier Sonntage pro Kalenderjahr?
3. Wie ist die Situation bei den offiziellen kantonalen Feiertagen, die nicht auf einen Sonntag fallen, geregelt?

Stadtrat Konrad Brühwiler: Ich kann die Sorgen und Bedenken des Fragestellers, Roman Buff, durchaus verstehen. Letztmals fiel der 1. November im Jahr 2009 auf einen Sonntag. Von damals sind mir keine Sonntagsverkäufe bekannt. Ich habe im Felix nachgeschaut. Dort ist nirgends ein Inserat geschaltet, das auf einen verkaufsoffenen Sonntag hinweisen würde. Der 1. November ist im Thurgau traditionell ein verkaufsstarker Tag, vor allem dann, wenn dieser Tag auf einen Werktag fällt und in den katholisch geprägten Kantonen ein Feiertag angesetzt ist.

Was das Einkaufszentrum Novaseta am diesjährigen 1. November, einem Sonntag also, veranlasst, die Türen offen zu halten, muss mehrere Gründe haben. Zum Beispiel: Saisoneneröffnung Winterhalbjahr, schliesslich ist die Sommerzeit seit dem letzten Wochenende zu Ende. Oder der Tradition folgend, in der Hoffnung, die Verkaufszahlen der vergangenen Jahre zu wiederholen, oder als Positionierung in der Region und erster von vier möglichen und zulässigen Sonntagsverkäufen in diesem Jahr durchzuführen.

Ein Grund für das Gesuch und für die Bewilligung eines Sonntagsverkaufs muss gemäss Gesetz nicht geliefert werden. Die rechtlichen Grundlagen werden eingehalten. Eine Ablehnung ohne triftigen Grund wäre willkürlich. Da kann die Gemeinde nichts machen. Nicht bewilligt würde ein verkaufsoffener Sonntag lediglich an einem der „hohen Festtage“, wie Karfreitag, 25. Dezember, Pfingstsonntag, Eidgenössischer Dank- Buss- und Betttag etc..

Die Abteilung Einwohner und Sicherheit führt eine genaue Statistik über die Gesuche und über die Anzahl bewilligter, verkaufsoffener Sonntage der einzelnen Geschäfte. Ob der kommende, verkaufsoffene Sonntag die Bedürfnisse erfüllt und demzufolge Sinn macht, das entscheidet vor allem der Kunde, also sie und ich.

Ich für mich werde meine Einkäufe nicht am kommenden Sonntag erledigen, sondern werde den Tag Allerheiligen mit meiner Mutter zusammen traditionell den Gräberbesuch meiner verstorbenen Vorfahren begehen.

Präsident Heinz Gyga: Gibt es noch mündliche, aktuelle Fragen?

Jacob Auer, SP-Gewerkschaften-Juso: Ich hänge eine Frage an, an die Fragen von Roman Buff, weil sie für mich nicht korrekt und nicht richtig beantwortet worden sind von Stadtrat Konrad Brühwiler. Dort war auch die Frage, ob noch weitere Sonntage reserviert sind in Arbon von Coop. Ich kann ihnen sagen, wenn sie die Weihnachtsvorbereitungen treffen, merken sie, dass der 25.12, 26.12. und der 27.12. drei aufeinander folgende Sonntage sind.

Wenn ich ihnen jetzt sage, dass ausser der Coopleitung in Gossau, welche wahrscheinlich um diese Zeit sich in den Skiferien sonnt, niemand, kein Geschäft in der Novaseta bereit ist, am 27.12. die Türen zu öffnen. Coop will das! Das Gesuch wird kommen. Ich bitte den Stadtrat dies abzulehnen.

Stadtrat Konrad Brühwiler: Jacob Auer, ich habe deine Frage jetzt nicht richtig verstanden: 25., 26. und 27. November? Dezember? Der 25. Dezember ist nicht möglich. Da wird keine Bewilligung erteilt, da sind auch die Tankstellenshops geschlossen.....Jetzt reden wir nicht vom Dezember? Ich werde diese Frage klären und dementsprechend eine Bewilligung ausstellen oder nicht ausstellen.

Vier verkaufsoffene Sonntage hat jedes Geschäft zugut. Ich bedauere, dass diese so gestreut werden und nicht alle zusammen. Das würde die Ordnung vereinfachen. Da bin ich gleicher Meinung, da ist ein gewisser Wirrwarr, aber die Geschäfte sind frei, wenn ein Geschäft sagt: ich möchte im Sommer meine Ware anbieten an einem Sonntag, dann bieten sie das im Sommer an, andere werden den Weihnachtsverkauf als das geeignetste Mittel finden, offen zu halten an einem Sonntag.

Ich werde die Frage mitnehmen und werde für das Rechte sorgen.

Cyrill Stadler, FDP/XMV: Mit dem Risiko, dass ich mich ganz unbeliebt mache und die Sitzung in die Länge ziehe, meine Frage ist so kurz, die getraue ich mich noch zu stellen.

Bei der Recherche, jeweils nach der Parlamentssitzung auf die Fraktionssitzung hin, bediene ich mich der elektronischen Daten aus dem Stadthaus. Dann kommt immer diese Page, Stadtentwicklung. Da ist mir aufgefallen, dass die schon länger nicht mehr aktualisiert wurde.

Meine Frage: Wann wird die das nächste Mal aufdatiert? Beispiel bei Spange Süd steht schon seit längerem keine Neuigkeit. Altstadt verweist auf den Legislaturplan 2011-2015 mit einer Medienmitteilung, die aktuellste vom 12.04.2014.

Stadtpräsident Andreas Balg: Besten Dank für den Hinweis. Zum Thema Spange Süd werden wir schon bald mit neuen Informationen kommen. Die Themen der Altstadt müssen nachgeführt werden, das werde ich überprüfen.

7. Informationen aus dem Stadtrat

Stadtpräsident Andreas Balg: Noch ein letztes Mal, vielleicht eine kurze Information: Der eine oder andere unter ihnen hat sich vielleicht schon gefragt, ja wie sieht es denn aus mit einem Legislaturprogramm. Ich kann sie beruhigen. Einerseits haben wir bereits vor den Ferien begonnen mit dieser Arbeit. Wir haben nach den Sommerferien weitere Workshops gemacht. Ich hoffe, dass wir Ende Jahr, anfangs nächsten Jahres ihnen etwas vorstellen können, das Hand und Fuss hat.

Noch zwei Hinweise: Einerseits reservieren sie schon einmal das Datum vom 24. November, 19.00 Uhr im Seeparksaal, hier am gleichen Ort. Da findet eine Informationsveranstaltung zur Sozialhilfe statt. Präsentation: Ergebnisse Betriebsanalyse zwei ist da vorgesehen. Sie werden noch aktuell informiert werden.

Ein zweiter Hinweis: Natürlich sind wir wiederum mit aktuellen Themen an der ARWA präsent. Eine weitere Veranstaltung vor der nächsten Parlamentssitzung.

Präsident Heinz Gyga: Besten Dank für die Informationen.

Wir sind am Ende dieser Sitzung angelangt. Es war eine schlanke Sitzung, mehr oder weniger, doch sind genau auch diese Diskussionen zu aktuellen Aktivitäten oder Nichtaktivitäten in Arbon wichtig. Dem Parlament stehen verschiedene Auskunftsrechte zu und diese müssen genutzt werden. Diese Diskussionen braucht es, um zu wissen, weshalb und wie vorgegangen wurde, oder wie man das Beste für Arbon machen kann.

Unsere nächste Parlamentssitzung, die Budgetsitzung ist am 8. Dezember 2015 um 18.00 Uhr. Ich freue mich auf ihr Erscheinen und an dem Interesse an unseren Finanzen.

Ende der Sitzung: 21.30 Uhr

Für die Richtigkeit des Protokolls:

Der Parlamentspräsident:

Die Parlamentssekretärin:

Heinz Gygax

Evelyne Jung